

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 276 · 24. JAHRGANG · AUSGABE 1/2018 · VOM 16. JANUAR 2018 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Ungerechtigkeiten im Eberswalder Sport**  
Top-Bedingungen für Wenige

6 | **Zwanzig Zentimeter**  
Wie breit müssen Fahrspuren sein?

14 | **Fritz Hirsch und die Bibel**  
Geschichten von Dr. Steffen Peltsch



## Kurz und gut?

Das Jahr 2018 hat kaum begonnen, da bekomme ich einen Anruf von KLAUS MEIßNER, der in Finow-Ost wohnt und zusehen muß, wie eine Firma im Auftrag der Wohnungsbaugenossenschaft (WBG) den dortigen Strauchbewuchs niedermetzelt.

Foto: GERO MARKMANN

Zum Tatort: Der Wohnhof in der Ringstraße 39-43 war bis 1993 eine Einöde aus plattgewalserter Erde, die sich an Grasbewuchs nicht mehr erinnern konnte. Es gab mehr parkende Autos als Bäume und das gartenarchitektonische Grundmuster war vom Raster der Wäschestangen geprägt. Für etwas Abwechslung sorgten bei Regenwetter die zahlreichen Schlammputzen. Der Sommerwind blies den Mutterboden bis hoch auf die Balkons und in die Wohnungen.

Klaus Meißner wollte diesen Zustand beenden und rief ein Pilotprojekt zur beispielhaften Gestaltung eines Hofes unter wohnökologischen Gesichtspunkten ins Leben.

Ich wurde als Landschaftsarchitekt von der WBG mit der Grünplanung beauftragt und ein Jahr später setzten Tief- und Gartenbaufirmen das ganze um. In über zwanzig Jahren wuchs eine grüne Oase heran. Hier sah man Eichhörnchen und auch diverse Vogelarten: Amseln, Kohlmeisen, Bunt- und Grünspechte, Seidenschwanz, Gimpel, selbst den seltenen Birkenzeisig. Wem Vogelgesang schon immer auf die Nerven ging, kann sich freuen. Im Wohnhof in der Ringstraße wird es in dieser Hinsicht künftig wesentlich ruhiger zugehen.

Denn am 8. Januar fand im Zeichen der Landschaftspflege ein Angriffskrieg gegen pflanzliches und tierisches Leben statt. Das ökologische Gleichgewicht, was sich über Jahrzehnte herausgebildet hatte, brach binnen weniger Stunden zusammen. Der radikale Gehölzschnitt hat vielen Tierarten die Lebensgrundlage entzogen.

Diesen Fall muß man vor dem Hintergrund sehen, daß in Deutschland in den letzten Jahren die Insektenpopulation dramatisch gesunken ist und auch immer mehr Singvögel auf der Roten Liste erscheinen.

Die Tot-Pflegemaßnahmen zeugen von einer Respektlosigkeit gegenüber der Natur. Da selber Teil der Natur richtet sich diese Verhaltensstörung letztendlich gegen den Menschen selbst.

Auf die Frage an einen Verantwortlichen der WBG, warum z.B. Sträucher entlang der Ringstraße in Kastenform geschnitten werden, bekam ich zur Antwort: »Damit das ein Bild ergibt«. Ich mußte lange über diesen Satz nachdenken.

Wer die Schönheit der Natur nicht sieht, hat auch kein Problem damit, eine fünf Meter hohe gesunde Haselnuß in zwei Sekunden in einen Besenstil zu verwandeln, eine übermannshohe Königskerze mitten in

der Blüte herauszureißen und eine herrliche Eiche mit auf den Boden reichender Verzweigung ohne funktionale Zwänge hochzuasten (drei Beispiele aus der Ringstraße).

Wir leben in einer verkehrten Welt, in der Beschädigungen an toten Gegenständen wie Autos und Fassaden große Empörung hervorrufen, aber an Pflanzen mit dem größten Gleichmut hingegenommen werden. Egal wo die Natur unter die Räder kommt, ob in Finow-Ost oder im Amazonas-Regenwald: Immer hat es mit der Nichtwertschätzung des Lebendigen zu tun.

Interessanterweise ereignete sich der Kahlschlag vom 8. Januar in einer Stadt, wo ökologisches Wissen in hochdosierter Form vorhanden ist, vor allem durch die Hochschule für Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit wird auch ständig von den Lokalpolitikern im Munde geführt und taucht in vielen Publikationen auf.

Geradezu vorbildhaft lesen sich die folgenden Passagen aus dem integrierten Stadtentwicklungskonzept »Strategie 2030«:

»Zum Schutz der Umwelt gehört auch der Erhalt der biologischen Vielfalt. Mit dem weltweiten Rückgang der biologischen Vielfalt, insbesondere in urbanen Lebensräumen, spielt der Erhalt der biologischen Vielfalt und der Ökosysteme eine besondere Rolle. Konzeptionell werden diese Belange bei allen Planungen berücksichtigt und entsprechende Maßnahmen zum Schutz der Umwelt, der Biodiversität umgesetzt.«

Mit Blick auf den frevelhaften Umgang mit Altbäumen, das ständige Kurzhalten von Bienenweidestandorten, die Kahlschläge im Stadtwald und die großflächigen Versiegelungen entsteht der Eindruck, es müsse wohl noch ein zweites Eberswalde in einem Paralleluniversum geben...

Die Hoffnung stirbt zuletzt, auch im real existierenden Eberswalde, und es besteht sogar Anlaß dazu: Es wurden erste Waldkindergarten-Gruppen geschaffen, die Kindern mehrstündigen Aufenthalt in der Natur ermöglichen mit positiven Auswirkungen auf deren körperliche und seelische Gesundheit. Eberswalder Initiativen wie wandelBar, Hebewerk e.V., Alnus e.V. etc. haben in den letzten Jahren erfolgreiche Projekte ins Leben gerufen. Eines von vielen Beispielen ist die Kooperation zwischen der Initiative »Eßbare Stadt« und der WHG, infolge der schon viele Obstbäume gepflanzt wurden.

ANDREAS TIMM

## Hinter den Gardinen **Verwarnung für Bürgermeister Boginski**

*Vor mehr als 110 Tagen haben wir mit großem Getöse 709 Abgeordnete des neuen Bundestages gewählt. Das war eine schwere Geburt. Wie sollte man sich zwischen den ähnlichen Konzepten entscheiden?*

*Die neuen Abgeordneten organisieren sich in sechs Fraktionen und haben sich eingerichtet, einen Präsidenten des Bundestages gewählt und Einsätze der Bundeswehr verlängert. Sonst ist nicht viel passiert. Die Anführer der beiden Wahlverlierer ringen um ein Konzept für eine Regierung. Das Ende der Verhandlungen ist nicht in Sicht. Zur Sicherheit amtiert die alte Regierung und sonnt sich im wirtschaftlichen Erfolg. Es scheint so, als ob die Leute eine neue Regierung nicht vermissen.*

*Ähnliche Erscheinungen kennen wir schon seit langem. Als es darum ging, den Landrat des Landkreises Barnim zu wählen, interessierte das kaum jemanden, so daß der Landrat ausgelost werden mußte. Unser Bürgermeister ließ sich endlich nach jahrelangen Verhandlungen ein Mandat für verbindliche Gespräche über den Finowkanal mit dem Wasserstraßenamt erteilen. Eine überfällige Reform des öffentlichen Dienstes in Brandenburg ist am latenten Widerstand der Bürgermeister und Landräte ohne weitergehende Konsequenzen gescheitert. Für eine vollständige Aufzählung reicht die Zeitung nicht.*

*Eigentlich sind die Bedingungen für klare politische Entscheidungen so gut wie lange nicht mehr. Die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Lebensbedingungen der meisten Menschen sind gut. Wir leben relativ sicher in Frieden mit unseren Nachbarn. Unsere Umwelt wird immer sauberer und wir brauchen nicht mehr so schwer zu arbeiten. Geld scheint ausreichend vorhanden zu sein. Warum richten wir uns in dieser Welt nicht vernünftig nach unseren Bedürfnissen ein und lassen uns von Dummschwätzern ängstigen?*

*Offensichtlich wollen sehr viele Leute, daß es so bleibt wie es ist. Sie trauen sich nicht, ihre eigenen Angelegenheiten selbst in die Hände zu nehmen. Ihre Furcht vor Veränderung hindert sie daran. Statt dessen stehen sie am Fenster hinter der Gardine und lassen die Berufspolitiker irgendwie machen. Was ein großer Fehler ist. Zunächst sind Berufspolitiker Beteiligte politischer Entscheidungen und können nicht von außen auf die komplizierte und mit vielfältigen Wechselwirkungen verbundene Gesellschaft schauen. Für sachkundige Entscheidungen sind sie unbedingt auf unsere Meinung angewiesen. Außerdem haben sie und ihre Gefolgsleute und Claqueure – wie jedermann – eigene Interessen, obwohl sie unserem Wohl verpflichtet sind. Da geht es um Einkommen, Status und Macht. Irgendwie werden sie sich finden. Sonst merken die Leute und die vielen Angestellten, daß die Geschäfte auch ohne Abgeordnete und Regierung gut laufen.*

Dr. MANFRED PFAFF

Der Vorgang liegt schon einige Zeit zurück. Es war Ende August im vorigen Jahr, als die Eberswalder Bürger über einen Vergleich in der Arbeitsrechtssache Gatzlaff gegen die Stadt Eberswalde informiert wurden. Der Inhalt der Information betraf die Aussage, daß dem ehemaligen stellvertretenden Bürgermeister und Dezernenten der Stadt Eberswalde Bellay Gatzlaff durch die Stadt Eberswalde eine Abfindung zu zahlen sei. Warum das geschah, wurde nicht mitgeteilt.

Der ehemalige Dezernent Gatzlaff war erst vom Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) fristlos entlassen worden, dann stimmten dem die Stadtverordneten zu. Außerdem erfolgte ersatzweise eine fristgemäße Kündigung, wie die MOZ berichtete. Den Bürgern der Stadt Eberswalde wurde in der Presse nur mitgeteilt, daß sich der Dezernent angeblich illoyal verhalten haben soll. Wem gegenüber er illoyal gewesen sein soll, wie oft er sich illoyal verhalten haben soll und ab wann – Gatzlaff war immerhin seit 2007 in der Eberswalder Stadtverwaltung beschäftigt –, wurde nicht mitgeteilt. Merkwürdig ist auch, daß der Hinausgeworfene

ne nun Bürgermeister in Merseburg ist. Nicht zu verstehen ist auch, warum ein fristlos Entlassener noch eine Abfindung erhält. In der Mitteldeutschen Zeitung wird ein Betrag von 30.000 Euro genannt.

Es ist der Eindruck entstanden, daß es sich bei dem Konflikt Gatzlaff - Stadt Eberswalde um einen Konflikt Gatzlaff - Boginski handelte. Somit hat Bürgermeister Boginski eine persönliche Angelegenheit zwischen ihm und seinem Dezernenten auf Kosten der Stadt Eberswalde geregelt. Im Ergebnis entstanden erhebliche Zahlungen und Kosten. Neben der Abfindung und der mindestens siebenmonatigen Gehaltszahlung für den beurlaubten Spitzenbeamten – ohne eine entsprechende Arbeitsleistung – wurden z.B. Gerichts- und Anwaltskosten verursacht. Das bedeutet, man kann Bürgermeister Boginski konkret nachweisen, daß er in diesem Fall der Stadt Eberswalde einen beträchtlichen finanziellen Schaden zugefügt hat. Dafür spricht ihm die Bürgerinitiative »25. Juni« eine Verwarnung aus.

Dr. ULRICH POFAHL,  
Sprecher der Bürgerinitiative 25. Juni

## Schönfärberei bis zuletzt

Auch in seiner Abschiedsrede als Kreisvorsitzender der Linkspartei im Barnim kann es Sebastian Walter nicht lassen, Schönfärberei zu verbreiten. Wenn unter seinem Vorsitz und seiner politischen Verantwortung in den letzten acht Jahren angeblich so große Erfolge erzielt wurden, muß er einmal den Widerspruch aufklären, warum im gleichen Zeitraum die Linkspartei im Barnim 40 % ihrer Wähler und alle Direktmandate für den Bundestag und den Landtag verloren hat. Recht hat deshalb der Bürgermeister von Bernau André Stahl, wenn er feststellt, »daß die Linke sich viele Jahre etwas vorgemacht hat« und »linke Positionen angeboten werden müssen«.

Innerparteilich meldet Walter den Eintritt von 20 Mitgliedern im Jahre 2017 als Erfolg,

nachdem in vorangegangenen fünf Jahren insgesamt nur ebenso viele eingetreten sind. Er sollte aber einmal ernsthaft und kritisch nachdenken, warum im gleichen Zeitraum nicht wenige ehemals aktive und langjährige Mitglieder wegen einer unkritischen Kommunalpolitik und Verstößen gegen die innerparteiliche Demokratie den Kreisverband verlassen haben. Dabei sollte er auch prüfen, warum anstelle sachlicher Diskussionen bei Meinungsverschiedenheiten gleich Ausschlußverfahren aus der Partei in Gang gesetzt wurden.

Es bleibt zu hoffen, daß die neue Doppelspitze der Barnimer Linken eine kritische und sachliche Parteilarbeit organisiert, die von klaren linken Positionen ausgeht.

Dr. HELMUT KOCH

## Neuer ver.di-Bezirk in Nordost-Brandenburg

Mit dem Januar 2018 begann die Arbeit im neuen ver.di-Bezirk Nordost-Brandenburg. Dieser neue Bezirk, in dem rund 15.000 Gewerkschaftsmitglieder betreut werden, entstand aus Zusammenlegung der bisherigen Bezirke Frankfurt/Oder und Uckermark-Barnim. Sitz des neuen Bezirks ist Frankfurt/Oder, die Geschäftsstelle in Eberswalde bleibt erhalten. Geschäftsführer von ver.di Nordost-Brandenburg ist Uwe Erschens, bisheriger Geschäftsführer in Eberswalde. Frank Ploß, bisher Geschäftsführer in Frankfurt/Oder, übernimmt die Abwesenheitsvertretung.

Mit der Strukturveränderung vollzieht ver.di einen Schritt, den zuvor auch der DGB und die Handelskammer gemacht haben. Die Entwick-

lungen und Veränderungen gerade im Osten Brandenburgs erfordern ein enges Zusammenstehen und gemeinsames Vorgehen der demokratischen gesellschaftlichen Organisationen. Ver.di will auch in der Zukunft eine kontinuierliche Betreuungsarbeit der Betriebs- und Personalräte sichern, was in einem größeren ver.di-Bezirk besser umzusetzen ist. Für das Gewerkschaftsmitglied vor Ort wird die Strukturveränderung keine Nachteile haben, im Gegenteil: Die Erreichbarkeit der Geschäftsstellen soll verbessert werden. Der ehrenamtliche Fusionsvorstand, der aus jeweils drei Mitgliedern der Bezirksvorstände besteht, hat bereits seine Arbeit aufgenommen.

Dr. ANDREAS SPLANEMANN

Die Ungerechtigkeiten im Eberswalder Sport (Teil 1):

## Top-Bedingungen für wenige

**Wer mit Interesse für Sport und Sportstätten in der Vorweihnachtszeit die lokale Tageszeitung las, dürfte dies mit großer Freude getan haben. Gleich mehrfach war von geplanten oder bereits vollzogenen Sanierungen, Neu- und Umbauvorhaben an städtischen Großfeldsportanlagen zu lesen. Von der Neuerrichtung von Kunstrasenplätzen bis hin zum groß angelegten Um- und Neubau der Waldsportanlage in Finow reichten die Erfolgsnachrichten. Den politisch Verantwortlichen in Stadt und Stadtverwaltung, so scheint es zumindest, ist für den Schul- und Vereinssport nichts zu teuer.**



FOTO: ALEXANDER LEIBELS (STADT EBERSWALDE)

Sogar dem Regional-Primus vom Westendberg fehlt es an eigenem Nachwuchs. Beim Barnike-Cup treffen die Hortkinder aus Eberswalder Kitas regelmäßig im Ferienwettkampf aufeinander.

Die Investitionssummen, die bewegt werden und wurden, reichen von einigen tausend Euro wie für die Errichtung einer kleinen beweglichen Tribüne im Stadion am Wasserturm über den Neubau eines Kunstrasenplatzes in Höhe von rund 200.000 Euro im Fritz-Lesch-Stadion bis hin zur Fünf-Millionen-Investition in der Waldsportanlage in Finow.

Somit schließt die Stadt Eberswalde nahtlos an realisierte Vorhaben der letzten Jahre an und übertrifft diese mit der Waldsportanlage in Finow sogar noch recht deutlich. Tatsächlich ging es aber auch in den Vorjahren auf den Eberswalder Großsportanlagen deutlich voran. So wird beispielsweise das Westendstadion seit einigen Jahren von einem neuen Vereinshaus geschmückt und auch dort wurde der Kunstrasen erneuert. Im Fritz-Lesch-Stadion wickelt bereits vor einiger Zeit der Schotter und Rettungshubschrauberlandeplatz der Lok-Arena ein neues Rasenplatz.

Auch das im Sportstättenentwicklungskonzept vorgesehene Aus für den Sportplatz an der chemischen Fabrik sowie für das Stadion am Wasserturm ist abgewendet oder scheint abgewendet zu sein. Nicht zuletzt, da nun Stahl Finow den Sportplatz am Wasserturm selbst bewirtschaftet und zu diesem Zweck eine einmalige Mitgift in Höhe von etwa 40.000 Euro sowie jährliche Zuschüsse von rund 24.000 Euro aus der Stadtkasse erhält.

Die Stadt Eberswalde investiert also reichlich und so dürfen sich kommende Generationen junger Sportler auf Schul- und Vereinssport in gut gepflegten Sportstätten freuen.

Doch das ist leider nur die eine Seite der Medaille. Denn während jene Vereine, die diese Großfeldanlagen benutzen, auf beste Infra-

struktur zurückgreifen können, droht anderen Vereinen das sportliche Aus. Sei es, weil ihnen die Sportstätte genommen wurde oder weil sie noch nie über eine Sportstätte verfügten oder mit der Bewirtschaftung alleine dastehen.

So droht beispielsweise den Boxern des Eberswalder Sportvereins (ESV) das Aus, da ihnen im Zuge des Besitzerwechsels des ehemaligen RAW nun ihre Heim- und Trainingsstätte genommen wird, in welcher es ohnehin seit einiger Zeit lediglich kaltes Wasser zum Duschen gab. Die Beachhandballer vom Zonenboys Eberswalde e.V., welche auf erfolgreiche Teilnahmen an deutschen Meisterschaften und am Beachhandball-EHF-Pokal zurückblicken und sich in den letzten Jahren einen Namen mit der Organisation des Völkerballturniers der Toleranz und der Beachhandball-Landesmeisterschaft machten, sind prinzipiell heimatlos. Auch über dem Eberswalder Bootshaus am Oder-Havel-Kanal schwebt das Damoklesschwert des Abrisses ohne Neubau. Im Falle des zeitweise sehr aktivem Underground-Pokerclubs war das Schicksal mit der Kündigung der Vereinsräume schon vor einigen Jahren besiegelt. Hinzu kommen jene Sportvereine, die ihre Sportanlagen seit Jahren selbst und ohne große Hilfe der Stadt betreiben, ausbauen und sanieren, wie beispielsweise der Ostender Sportverein.

Erstaunlich, besonders im Falle der stadteigenen Großfeldsportanlagen, muß erscheinen, daß die Zahl der Nutzer seit Jahren angeblich steigt oder aber zumindest konstant geblieben ist. Bedenkt man, daß nicht nur die Anzahl der Eberswalder Schüler seit dem Ende der DDR deutlich gesunken ist, sondern auch die Zahl der aktiven Sportler in den Eberswalder Groß-

feldvereinen, muß man an dieser Behauptung zweifeln. Gab es beispielsweise noch in den 1990er Jahren in fast jedem Verein eine durchgehend in allen Altersklassen aktive Vereinsjugend, so werden heute im Fußball der Kreisstadt spätestens mit dem Erreichen des Alters, in dem auf dem Großfeld gespielt wird, Spielgemeinschaften mehrerer Vereine zur Normalität, wobei selbige auch gerne zwischen Eberswalde und anderen Orten des Kreises geschlossen werden. Doch damit nicht genug. Selbst im Erwachsenenbereich reichen die aktiven Fußballer kaum aus, um eigene Mannschaften im Spielbetrieb zu halten. So kam es beispielsweise mit dem Beginn der Saison 2017/18 zur Gründung einer Spielgemeinschaft zwischen Finow und Lichterfelde, ohne die der Spielbetrieb im Männerbereich wohl nicht mehr aufrecht zu erhalten gewesen wäre.

Sogar der Eberswalder Fußball-Primus vom Westendberg ist aus eigener Kraft und aus eigenem Nachwuchs heraus nicht mehr imstande, die inzwischen erreichte 6. Liga zu halten. So besteht die erste Männermannschaft der »Preußen« fast nur noch aus Spielern, die nicht im eigenen Verein ausgebildet wurden.

Auch die gut gemeinten Integrationsaktionen im Rahmen der Flüchtlingswelle bei Lok Eberswalde und Stahl Finow sind inzwischen im Sande verlaufen.

Es ist schwerlich vorstellbar, daß die heute ausnahmslos in sportliche Unbedeutsamkeit abgestiegenen Fußballvereine denselben Trainingsaufwand und dieselbe oder gar höhere Trainingsfrequenz an den Tag legen wie zu Zeiten der DDR-Liga (2. Spielklasse) oder der Bezirksliga (3. Spielklasse), in welchen die Vereine vor 1990 aktiv waren. Ebenso fraglich erscheint, wieso bei deutlich schlechterer Infrastruktur und deutlich mehr Nutzern die Sportanlagen damals ausreichten, während sie heute den Bedarf nicht decken können.

Auch die oft gemachten Aussagen über die Mehrspartennutzung oder dem Vorhandensein mehrerer Vereine auf den Großfeldanlagen sowie die Öffnung der Anlagen für Individualsportler und Sportgruppen erweist sich beim genaueren Hinsehen als nicht haltbar.

So kämpfen beispielsweise auch die Leichtathletik-Vereine und -Abteilungen seit Jahren mit schrumpfenden Mitgliederzahlen. Darüber hinaus sind Individualsportler auf den Sportplätzen nur ungern gesehen. Die Liebe und Förderung der Individualsportler reicht maximal soweit, daß man ihnen das Laufen auf den Kampfbahnen gestattet. Schon beim selbstorganisierten Treffen zum gemeinsamen Kicken auf den gerade nicht genutzten Kunstrasenplätzen hört die Freundschaft meist auf. Wer es darüber hinaus tatsächlich wagen sollte, den heiligen Rasen der A oder B Plätze zu betreten ohne vereinsangehörig zu sein, dem winkt die Höchststrafe: Die Verbannung – ausgesprochen durch die in jedem Fußballverein vorhandenen, selbsternannten Platz-Sheriffs.

MARKUS BEYER  
(Fortsetzung folgt)

## Baumfällung war Versehen

Unter der Überschrift »Starkast-Entfernung« informierten wir in der vorigen Ausgabe über eine Aktion des Eberswalder Bauamtes, bei der statt die angekündigte Entfernung eines angebrochenen Starkastes gleich der gesamte Baum der Kettensäge zum Opfer fiel (BBP 12/2017). Die angefragte Stellungnahme der Stadtverwaltung erfolgte nach Redaktionsschluß. Bauamtsleiterin Katrin Heidenfelder antwortete wie folgt:

Mit Auftrag des Tiefbauamtes vom 16.11.2017 sollte durch das Sachgebiet (SG) 67.4 (Grünanlagen) ein Rückschnitt von abgebrochenen Starkästen an einem Baum in der Prenzlauer Straße 15 erfolgen. Die Meldung kam durch einen Mitarbeiter der WBG am gleichen Tage.

Da die Mitarbeiter des SG 67.4 mit anderen Aufgaben betraut waren und der Auftrag schnell erledigt werden sollte, hat das SG 67.2 den Auftrag am 20.11.2017 übernommen. Bei der Übergabe des Auftrages durch das SG 67.4 an das SG 67.2 (Straßenunterhaltung) und die Weitergabe der Aufgabe an die auszuführenden Mitarbeiter ist es leider zu einem Informationsverlust gekommen.



Foto: UTE MARIMANN

Die telefonische Auskunft von Frau Zierach an Sie war richtig und der erteilte Auftrag von ihr an den Bauhof war unmißverständlich.

Die Mitarbeiter des Bauhofs entschuldigen sich in aller Form für dieses Mißverständnis.

Nach Absprache mit dem Tiefbauamt wird dieser Baum sowie auch viele andere, die durch den Sturm gelegt oder im Anschluß gefällt werden mußten, im Jahr 2018 ersetzt.

KATRIN HEIDENFELDER, Amtsleiterin Bauhof

## Filialschließung wissenschaftlich begründet

Wen stört es noch, wenn die Sparkasse vor der eigenen Haustür schließt?

Forscherinnen und Forscher der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) untersuchen derzeit in Kooperation mit der Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe, ob Schließungen von Bankfilialen im ländlichen Raum tatsächlich eine Einschränkung für die Bankkunden sind.

Fast jeden Tag berichten regionale Medien von Filialschließungen bei Regionalbanken und über den Unmut der lokalen Bevölkerung, der sich auf die Einschränkung des Zugangs zu grundlegenden Finanzdienstleistungen bezieht. Doch wird der Zugang tatsächlich eingeschränkt, wenn gleichzeitig digitale Angebote und mobile Vertriebswege ausgeweitet werden? »Mit Blick auf die Zahl der Filialen pro Einwohner oder auch Quadratkilometer galt Deutschland lange Zeit als overbanked«, beobachtet Prof. Dr. ALEXANDER CONRAD, Leiter des Bachelorstudiengangs Regionalmanagement. »Das lag vor allem an den regional verankerten lokalen Sparkassen und Kreditgenossenschaften«, fügt Prof. Dr. DORIS NEUBERGER von der Universität Rostock hinzu, die zusammen mit dem HNEE-Professor das Forschungsprojekt »Physische und digitale Erreichbarkeit von Finanzdienstleistungen« koordiniert. Die beiden Wissenschaftler gehen daher der Frage nach, ob durch die Schließungswelle nicht vielmehr eine Angleichung an das europäische Versorgungsniveau stattfindet.

»Mit den bisherigen Meßansätzen lassen sich die Fragen daher nicht hinreichend beantworten. Es braucht neue Meßansätze, die neben dem physischen auch den digitalen Zugang einbeziehen«,

sagt Prof. Conrad. Zugleich müsse man neben den stationären auch mobile Versorgungswege berücksichtigen. So hänge beispielsweise das mobile Onlinebanking stark von der verfügbaren Internetanbindung sowie der Fähigkeit der Zielgruppe ab, Smartphones bedienen und nutzen zu können. Beides seien Kriterien, die Einfluß auf die Versorgungsqualität haben. »Überraschend ist dabei auch, daß trotz zunehmender Nutzung von Onlinebanking eine Umfrage unter Jugendlichen aus dem Jahre 2015 belegt, daß 49 Prozent überhaupt nicht der Aussage zustimmten, daß Banken heutzutage keine Filiale mehr bräuchten«, berichtet Prof. Neuberger.

In der auf einem Jahr beschränkten Studie kooperieren die Wissenschaftler mit der Wissenschaftsförderung der SPARKASSEN-FINANZGRUPPE E.V., durch die die Untersuchungen mit insgesamt 40.000 Euro finanziert werden. Ende des Jahres werden die Ergebnisse gesammelt vorgestellt und fließen in strategische Überlegungen und der Argumentation gegenüber Kundinnen und Kunden sowie Aufsichtsorganen, z.B. im Rahmen der Diskussion um Geschäftsstellenanpassungen der Sparkassen-Finanzgruppe, mit ein.

ANNIKA BISCHOF

## In Eberswalde fehlen noch immer 222 Kitaplätze

Eberswalde (bbp). Per 1. November 2017 hatten 222 Kinder in Eberswalde, deren Eltern den Antrag auf Betreuung in einer Kita gestellt hatten, noch keinen Kitaplatz. Darüber informierte die Leiterin des Amtes für Bildung, Jugend und Sport KERSTIN LADEWIG Anfang Dezember im städtischen Sozialausschuß. IRENE KERSTEN (Die Linke) hatte danach gefragt, weil unter anderem im »Haus der kleinen Forscher« im Bürgerbildungszentrum noch freie Plätze vorhanden seien. Die Amtsleiterin erläuterte, daß es sich um Plätze handelt, die für Mütter freigehalten werden, welche in näch-

ster Zeit eine Arbeit aufnehmen. Auch für Geschwisterkinder, die in Kürze in die Einrichtung kommen, würden Plätze freigegeben.

Die Stadtverordnete Dr. ILONA PISCHEL (Bündnis Eberswalde) äußerte ihr Unverständnis, daß hier Kitaplätze trotz langer Warteliste bis zu einem Vierteljahr unbesetzt bleiben. Der sachkundige Einwohner STEFAN SCHMIEDEL gab indes zu bedenken, daß es aus pädagogischer Sicht nicht sinnvoll sei, Kinder faktisch nach der Eingewöhnungsphase wieder aus ihrem Umfeld herauszureißen. Da sei es praktikabler, den Platz solange freizuhalten.

## Jugendclub nicht mehr Kindergarten

Eberswalde (bbp). Ein halbes Jahr lang tummelten sich 3- bis 6-jährige Kinder im früheren Funktionalgebäude der Busgesellschaft am ehemaligen Busbahnhof an der Heegermühler Straße/Ecke Kupferhammerweg. Das Gebäude war für viel Geld für den Jugendclub STINO ausgebaut worden. Aufgrund des Mangels an Kitaplätzen in Eberswalde und des besonderen Bedarfs an der Integration von Kindern aus Flüchtlingsfamilien hatte der Internationale Bund (IB), seit zwei Jahren Träger des Jugendclubs, dort eine Eltern-Kind-Gruppe eingerichtet und dies ausdrücklich als Notlösung einge-

stuft. (»Mini-Kita im Jugendclub«, BBP 6/2017). In der Sitzung des städtischen Sozialausschusses (ASBKS) am 6. Dezember informierte der neue Sozialdezernent Prof. Dr. JAN KÖNIG, daß der Jugendclub STINO ab Januar wieder ausschließlich ein Jugendclub sein werde. Die Kinder der Eltern-Kind-Gruppe, in der neben deutschen Kindern auch Kinder aus Syrien, Eritrea und Afghanistan betreut wurden, seien alle in einer regulären Kita aufgenommen worden, antwortete der Dezernent auf eine entsprechende Nachfrage der Stadtverordneten MONIQUE SCHOSTAN (CDU).

### Hinter die Kulissen blicken

Montag, 5. Februar, 16 Uhr

im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio  
Eberswalde, Puschkinstraße 13, Raum 2.25.

### Bericht der Juche-Studiengruppe über ihre Reise nach Nordkorea

RotFuchs-Förderverein e.V.  
Regionalgruppe Eberswalde/Umgebung

Kontakt: [www.rotfuchs.net](http://www.rotfuchs.net)

E-Mail: [eberswalde@rotfuchs.net](mailto:eberswalde@rotfuchs.net)  
oder Tel. 01742755932

Wir RotFuchs-Leser treffen uns jeden 1. Montag im Monat von 16 bis 19 Uhr zum Meinungsaustausch. Wir laden Sie ein, mit uns zu lesen, nachzudenken und zu diskutieren.

## Künstliche Verkehrshemmnisse

Das neue Jahr beginnt mit einer guten Nachricht. Die Staus in der Eberswalder Innenstadt sind weniger geworden. Grund dafür ist die Freigabe des Verkehrs in alle Richtungen an der Kreuzung Friedensbrücke, die – entgegen den vorherigen Ankündigungen – kurz vor Weihnachten erfolgte.

Die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« begrüßt diese Verbesserung der Verkehrssituation in Eberswalde. Die vorzeitige Freigabe der Kreuzung ist nicht zuletzt eine Folge der breiten Unterstützung, die unser »Bürgerbegehren zur Wiederherstellung der bis Herbst 2016 gel-

tenden Verkehrsführung in der Heegermühler Straße« bisher durch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Eberswalde erfahren hat.

Herzlichen Dank an Baudezernentin Anne Fellner und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auf die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger so positiv reagiert haben.

Leider wurden die begleitenden Verkehrselungen, wie die Wegweiser für den Fernverkehr und die Ausweisung der Umleitungen nicht abgebaut. Auch die Einbahnstraßenregelung in der Wilhelmstraße ist noch in Kraft und nicht einmal die Behelfsampeln in der Brunnenstraße wurden ausgeschaltet.

Wir fordern die Stadtverwaltung auf, nun auch dafür zu sorgen, daß diese unnötigen Verkehrshemmnisse zeitnah abgebaut werden. Es kann doch niemand ein Interesse daran haben, die Verkehrsadern der Stadt künstlich zu verstopfen.

Ein ähnlich vernünftiges Verwaltungshandeln wie im Zusammenhang mit der Kreuzung an der Friedensbrücke wünschen wir uns auch für die Verkehrsführung in der Heegermühler Straße. Der dort fabrizierte Murks muß schleunigst rückgängig gemacht werden.

GERD MARKMANN u. Dr. ULRICH POFAHL  
(Sprecher der BI »Radwege in Eberswalde«)

Weitere Informationen unter <http://radwege.alternative-eberswalde.de>. Kontakt: [radwege@alternative-eberswalde.de](mailto:radwege@alternative-eberswalde.de), Tel: 03334/356542.



Foto: JURGEN GRANITZOW

## Heuchelei im Baudezernat

Die Eberswalder Baudezernentin Anne Fellner antwortete auf den Vorschlag der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde«, das jährliche Radwege-Budget auf 250.000 Euro zu erhöhen, daß zur Aufstockung der Finanzmittel konkrete Projekte und Umsetzungsmöglichkeiten genannt werden müßten.

Da stellt sich die Frage: Sind in dem 2015 beschlossenen Radnutzungskonzept der Stadt Eberswalde etwa keine konkreten Projekte und Umsetzungsmöglichkeiten benannt?

Tatsächlich enthält das Radnutzungskonzept 98 konkrete Maßnahmen mit Kostenschätzungen (Radnutzungskonzept, Anlagen 7 und 8). Das Konzept umfaßt einen Planungshorizont von 15 Jahren. Bis 2030 wäre ein jährliches Budget von rund 870.000 Euro notwendig, um die Maßnahmen umzusetzen, darunter städtische Eigenmittel in Höhe von etwa 420.000 Euro. Wie gesagt: JÄHRLICH! Schon ab 2016.

Im April 2017 antwortete die Baudezernentin auf meine Anfrage im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen, daß im Doppelhaushalt 2017/18 weniger als 15.000 Euro an Eigenmitteln für die Umsetzung des Radnutzungskonzepts eingeplant sind (BBP 6/2017). Die Aufstockung der Radwege-Mittel im aktuell beschlossenen Nachtragshaushalt wäre also mehr als angemessen gewesen.

Fellners Aussage: »Eine Stärkung der Radinfrastruktur ... wird konsequent in der Umsetzung des Radnutzungskonzeptes weiter verfolgt«, muß daher als pure Heuchelei erscheinen.

Ein wesentlicher Mangel des Radnutzungskonzeptes ist das Fehlen eines fundierten Leitbildes. Die Vorgaben vorausgehender Konzepte wurden oft nur zum Teil übernommen (bspw. wurde aus der Feststellung, daß »die Stadt Eberswalde heute über kein durchgehendes und engmaschiges Radverkehrsnetz« verfügt (Luftreinhalteplan 2008, S. 15) im Radnutzungskonzept 2015 »das Fehlen eines durchgehenden Radverkehrsnetzes« (S. 4). Daß sich ein gutes Netz durch Engmaschigkeit auszeichnet, wurde schlicht unterschlagen.

Eine ähnliche Verkürzung gab es auch bei der bereits im Verkehrskonzept von 2008 langfristig vorgeschlagenen Einschränkung der Vierspurigkeit zugunsten von Radschutzstreifen in der Heegermühler Straße. Im Verkehrskonzept war das allerdings daran gebunden, daß sich das Verkehrsaufkommen nach Inbetriebnahme der sogenannten Ortsumgehung B167-neu oder einer vergleichbaren Maßnahme deutlich reduziert hat. Baudezernentin Fellner ließ diese Maßnahme im Herbst 2016 aber ohne diese Voraussetzungen umsetzen.

GERD MARKMANN

## Verkehrszählungen

**Eberswalde (bbp).** Wie die Eberswalder Baudezernentin Anne Fellner Anfang Dezember in der Sitzung des städtischen Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt verriet, verfügt die Stadtverwaltung schon seit 2014 über ein spezielles »Videosystem zur Verkehrsdatenerfassung« der Firma »Miovision«. Das Gerät eignet sich für alle Arten von Verkehrserhebungen und kann unterschiedliche Fahrzeugklassen (Fahrräder, Motorräder, Pkw, leichte und schwere LKW sowie Busse) zählen und unterscheiden. Der Hersteller sichert eine Datengenauigkeit von 95 % bei allen Verkehrsdatenerhebungen zu.

Mindestens 20 Verkehrszählungen sind bisher damit durchgeführt worden, ohne daß die Ergebnisse an eine größere Öffentlichkeit gelangt sind. Die Verkehrszählungen dienen als Grundlage für Bebauungspläne, Lärmgutachten, die städtebauliche Entwicklung, verkehrsrechtliche Anordnungen und auch für das Radnutzungskonzept sowie die Evaluierung von Verkehrsentwicklungsplan und Radnutzungskonzept.

Erst die Diskussionen zur Verkehrsführung in der Heegermühler Straße veranlaßte die Dezernentin nun, darüber zu informieren, über welche technischen Möglichkeiten zur Verkehrszählung die Stadtverwaltung verfügt.

Konkret informierte Anne Fellner über eine Querschnittszählung in der Heegermühler Straße im Bereich der Drehnitzstraße vom 19. bis 25. September 2017 und eine 24-stündige Knotenpunktzählung am 21. September.

Demnach passieren im Mittel rund 20.000 Fahrzeuge pro Tag die Heegermühlerstraße in beiden Richtungen. Dies seien 6.000 weniger als zur Zählung von 2006, die als Grundlage für den Verkehrsentwicklungsplan diene. Die Zahl der Radfahrer auf den Radschutzstreifen beläuft sich nach der aktuellen Zählung auf durchschnittlich 400 pro Tag. Mithin beträgt das Verhältnis zwischen Rad- und Kraftfahrzeugen 1 : 50. Zuvor hatte eine stichprobenhafte fünfminütige Zählung der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« am 7. September ein Verhältnis von 1 : 60 ergeben. Eine weitere Zählung von Anfang September kam auf ein Verhältnis von 1 : 70 (BBP 9/2017).

Eine automatische Erfassung der Radfahrer auf den Gehwegen erlaubt das Zählsystem nicht. Daher wurde im Rahmen der Knotenpunktzählung am 21. September in der »Spitzenstunde« von 14.55 bis 15.55 Uhr der Radverkehr anhand der Videoaufzeichnungen manuell gezählt. Demnach nutzten in der einen Stunde 48 Radfahrer die Radstreifen, während 18 auf dem Gehweg fuhren.

Die 72 % Radstreifenutzer entsprechen in etwa dem Ergebnis der BI-Zählung bezogen auf die nördliche Straßenseite im Bereich der Kreuzung Triftstraße. Auf der südlichen Seite hatte die BI bis zu 88 % der Radfahrer auf dem Gehweg gezählt (BBP 8/2017).

## Zwanzig Zentimeter

**Eberswalde (bbp).** Runde zwanzig Zentimeter ist die Fahrbahn der einstigen Bundesstraße B2 (vor einigen Jahren zur Landesstraße L200 heruntgestuft) zwischen Spechthausen und Melchow zu schmal, zumindest der Bereich zwischen den am Rand auf den Asphalt gemalten Begrenzungsmarkierungen. Zu schmal für eine den Vorschriften genügende Mittelmarkierung.

Das Fehlen dieser Mittelmarkierungen hatte ein Eberswalder Einwohner beim städtischen Internet-Beschwerdedienst »Märker« angemahnt. Vor allem in der Dunkelheit und bei Nässe verursache das Fehlen der Mittelmarkierung bei vielen Verkehrsteilnehmern Irritationen, meinte der Beschwerdeführer. Viele fahren sehr weit in der Mitte, was bei Gegenverkehr ziemlich gefährlich werden könne.

Die Stadtverwaltung reichte die Beschwerde an den zuständigen Landesbetrieb Straßenwesen weiter und alsbald wurde die Beschwerde als erledigt gekennzeichnet. Denn vom Landesbetrieb (LS) kam eine »abschließende« Antwort: »Eine Fahrbahnmittelmarkierung ist den Regelwerken entsprechend für diese Straße nicht vorgesehen. Grund: Die Fahrbahn ist nicht breit genug. Denn Mittelmarkierungen dürfen nur aufgebracht werden, wenn die Fahrbahn mindestens 5,50 m breit ist (gemessen wird zwischen den Fahrbahnbegrenzungslinien rechts und links am Rand). Der genannte Bereich ist im Durchschnitt lediglich 5,30 m, daher kann und darf keine Mittelmarkierung erfolgen.«

Der Landesbetrieb gab noch eine weitere Begründung: »Des Weiteren gehen die Unfallzahlen statistisch gesehen auf Straßen ohne Mittelmarkierung zurück, weil die Verkehrsteilnehmer vorsichtiger fahren. Dies belegen auch die langjährigen Erfahrungswerte der Straßenmeistereien des LS. Daher ist das Argument der fehlenden Verkehrssicherheit nicht nachvollziehbar.«

Der Verzicht auf Mittelmarkierungen hat noch weitere Vorteile, die der LS nicht erwähnte. So werden die regelmäßig notwendigen Markierungsarbeiten einspart und es gilt ohne zusätzliche Straßenschilder eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 80 km/h.

In der Stadt Eberswalde hingegen gelten andere Regeln. Hier sollen künftig auch in der Breiten Straße vor dem Rathaus Radschutzstreifen markiert werden. Die dazwischenliegenden Fahrspuren für den Kraftverkehr sollen durch Leitlinien voneinander getrennt werden. Beim Löwenbrunnen betragen die Fahrbahnbreiten laut Planung 2,71 m und 2,53 m. In Höhe Judenstraße ist die Straße noch schmaler. Die zulässigen Fahrbahnbreiten werden also deutlich unterschritten – in einer Straße, auf der laut Angaben des Bundesverkehrswegeplans 2020 (Planung der B167neu) aktuell pro Tag 14.000 Fahrzeuge unterwegs sind. Damit dürfte vorprogrammiert sein, daß die Markierungen des dort vorgesehenen Radschutzstreifens regelmäßig überfahren werden.

380 kV-Freileitung (»Uckermarkleitung«):

## Eine neue Runde im Konflikt

Seit dem Urteilsspruch des Bundesverwaltungsgerichts, das am 21.1.2016 den Planfeststellungsbeschluß für die von 50Hertz geplante Freileitung durch das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin und die Stadt Eberswalde (»Uckermarkleitung«) für »rechtswidrig und nicht vollziehbar« erklärt hat, ist der Konflikt aus der Berichterstattung und dem öffentlichen Bewußtsein verschwunden. Gelöst ist der Konflikt aber nicht.

50Hertz hat das Vorhaben nicht aufgegeben, sondern zwei weitere Umweltplanungsbüros damit beauftragt, die bisherigen Planer bei der Erarbeitung der Unterlagen für ein Planergänzungsverfahren zu unterstützen. Die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat« ([www.trassenfrei.de](http://www.trassenfrei.de)) und der NABU-Landesverband wurden an vier gemeinsamen Terminen über den Stand der Planungen informiert.

50Hertz will im Planergänzungsverfahren »artenspezifisch und kilometergenau« darlegen, daß durch die Errichtung der 380kV-Freileitung in den Europäischen Vogelschutzgebieten keine erhebliche Beeinträchtigung der Lebensgrundlagen der Vögel gegeben ist. Die Kritiker des Freileitungsbaus bezweifeln, daß dieser Nachweis geführt werden kann. Sie lehnen

deshalb das Vorhaben weiterhin ab. Im Oktober wurden, so die Mitteilung von 50Hertz, die Unterlagen für das Planergänzungsverfahren beim Landesbergamt (LBGR) in Cottbus eingereicht. 50Hertz erhofft sich davon eine neue Plangenehmigung.

Die Bürgerinitiative rechnet für das Frühjahr 2018 mit der Eröffnung des Beteiligungsverfahrens. Hier können die Träger öffentlicher Belange und auch die Einwohner binnen sechs Wochen Stellung nehmen und ihre Einwände formulieren. Die BI wird dazu eine Bürgerinformation veröffentlichen und die Kommunen und Einwohner mit Formulierungshilfen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen. Falls die Einwendungen wieder wie 2014 von der Genehmigungsbehörde vom Tisch gewischt werden und eine Plangenehmigung ergehen sollte, wird die BI abermals eine Klage gegen diesen Beschluß organisieren.

Die Bürgerinitiative wurde am 13. Juni 2008 gegründet. Sie feiert also 2018 ihr zehnjähriges Bestehen und hofft, in diesem Jahr den Konflikt um die Freileitung endlich erfolgreich abschließen zu können.

**Nicht über unsere Köpfe – keine Freileitung durch Wohn- und Schutzgebiete!**

HARTMUT LINDNER

## Trotz langer Leitung endlich kapiert



Die lokale Tageszeitung hat es aufgedeckt (MOZ, 12.1.18), die »Radwege«-Bürgerinitiative hat die Baudezernentin zu früh gelobt. ANNE FELLNER hat zurecht abgestritten, daß sie die Forderungen der Bürger beachtet hätte. Für die vorzeitige Öffnung der Kreuzung an der Friedensbrücke kann sie nichts. Auch dem Landesstraßenamt kann nicht vorgeworfen werden, leichtfertig den Wünschen der Bürger entgegenzukommen. Die Öffnung der Kreuzung für alle Richtungen war schlicht eine pragmatische Notwendigkeit. Die Schwerlasten mit den Rohren für die neue Erdgasleitung von Greifswald zur tschechischen Grenze konnten nicht über die Umleitungen gefädelt werden. Deswegen, nicht wegen des Winters, müssen die Bauarbeiten in der Breiten Straße bis Februar pausieren.

GERD MARKMANN

## Spendenscheck für Kinderheimverbund

Seit einigen Jahren ruft die Volkssolidarität Barnim e.V. ihre Ortsgruppen aus Eberswalde und Umgebung zu einer vorweihnachtlichen Spende auf. Dies geschieht stets zweckgebunden zugunsten einer sozialen Einrichtung. In diesem Jahr werden zwei Mutter-Vater-Kind-Wohngemeinschaften in Eberswalde mit Mitteln für dringend ersehnte neue Klettergerüste, Schaukel und Rutsche bedacht.

26 Ortsgruppen der Volkssolidarität aus Eberswalde, Sommerfelde, Spechthausen, Finowfurt, Neuehütte, Melchow, Eichhorst und Altenhof spendeten in der Vorweihnachtszeit

insgesamt 815 Euro für diesen guten Zweck. Die Leiterin des Kinderheimverbundes der Volkssolidarität Barnim, VERONIKA ARNDT, freute sich für Ihre Schützlinge, als ihr die Geschäftsführerin der Volkssolidarität Barnim e.V., Kerstin Maier, den Scheck überreichte.

Die jüngsten Bewohner sind zwischen drei Monate und fünf Jahre alt und können nun die nächste Spielplatzsaison kaum erwarten. Die Kinder und Eltern der Wohngemeinschaften bedanken sich herzlich bei allen Ortsgruppen, die sich beteiligten!

ANDREA HOEHNE

Kreistag Barnim:

## Senkung der Kreisumlage abgelehnt

**Eberswalde (bbp).** Schon Anfang Oktober 2017 hatten die Barnimer Bündnisgrünen anlässlich des vorgelegten Jahresabschlusses 2015 des Landkreises gefordert, die Kreisumlage für die Kommunen des Landkreises zu senken oder gezielte Investitionen in den strukturschwachen, ländlichen Regionen des Kreises vorzunehmen. »Wir schwimmen im Geld«, sagte damals Stefan Böhmer angesichts des erneut hohen Haushaltsüberschusses des Kreises in Höhe von 22,5 Millionen Euro. »Hier werden Gelder über Steuern und Umlagen eingenommen und nicht an die Bürger zurückgegeben.«

Seit vielen Jahren verbucht der Landkreis deutlich bessere Jahresabschlüsse als in den Haushaltsplanungen prognostiziert. So sind die Kassenbestände und Guthaben inzwischen auf 96 Millionen Euro angewachsen (per 31.12.2015), darunter 69 Millionen Euro in der freien Rücklage. Die Kreisumlage beträgt für die Kommunen des Landkreises seit mehr als 10 Jahren 43,81 % ihrer Einnahmen. In absoluten Zahlen stieg sie ständig an, auf inzwischen rund 76 Millionen Euro pro Jahr.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen forderte damals Landrat und Kreistag auf, die Kreisumlage zu senken und eine realistische Haushaltsplanung vorzunehmen. Durch das jahrelang praktizierte Prinzip »Ausgeglichenes oder gar negatives Ergebnis im Haushaltsplan, aber hoher Jahresüberschuss in der Endabrechnung« werde der Gestaltungsspielraum der gewählten Abgeordneten im Kreistag erheblich eingeschränkt.

Ähnlich hatte übrigens viele Jahre lang der heutige Vorsitzende des Kreistages Prof. ALFRED SCHULTZ als damaliger finanzpolitischer

Sprecher der Fraktion der PDS, später DIE LINKE, argumentiert.

Als im Dezember der Kreistag über den neuen Doppelhaushalt 2018/19 zu entscheiden hatte, lag ein Antrag der Fraktion BVB/Free Wähler vor, nach dem eine auf zwei Jahre befristete Senkung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt, von 43,81% auf 42,81% erfolgen sollte. Zuvor hatten bereits die Landkreise Elbe-Elster, Märkisch-Oderland, Oder-Spree und Oberhavel teilweise deutlich größere Senkungen ohne zeitliche Beschränkung vollzogen. Mit der Umlagensenkung sollten den Gemeinden Mittel in die Hand gegeben werden, um die Kosten der jüngsten Sturmschäden begleichen zu können. Der Fraktionsvorsitzende THOMAS STRESE wies zugleich darauf hin, daß der Kreis haushaltsrechtlich nur so viel Umlage einnehmen darf, wie er zur Deckung seiner Ausgaben auch tatsächlich benötigt.

»Doch die ganz große Koalition stand«, kommentierte im Anschluß der Kreistagsabgeordnete PÉTER VIDA. »Während bei derselben Sitzung rund 11 Millionen Euro aus kreislichen Geldern ohne jede Beratung in den Fachausschüssen bewilligt wurden, liefen SPD und Linke gegen unseren Antrag Sturm. Doch auch die Grünen und die CDU, die zuvor noch in großen Presseartikeln die Senkung der Kreisumlage forderten, stimmten gegen den Antrag!«

Damit vollziehe der Landkreis Barnim einen anachronistischen Schritt des Geldausgebens. Anstatt sich zum Wohle der Städte und Gemeinden schlank zu machen und selbigen die Verteilung des Geldes zu überlassen, würden Einzelmaßnahmen, die vom Goodwill anderer abhängen, gesponsert.

## »B167 neu« zur Einsichtnahme

**Nun ist es amtlich, daß die Ergebnisse des sog. Deckblattverfahrens zur B 167 neu ab 17.1 für einen Monat öffentlich in den Bürgerämtern der Kommunen ausgelegt werden.**

In dieser Zeit besteht die Möglichkeit, die Unterlagen gründlich zu studieren, neue Einwendungen einzureichen und bereits bekannte Einwendungen zu erneuern. Nur so kann es gelingen, eine öffentliche Anhörung zu den Einwendungen durchzusetzen. Gegenstand des Verfahrens ist der 1. Bauabschnitt, d.h. der Straßenabschnitt von der Kaiserwegbrücke in Finowfurt bis zur L 200, Angermünder Chaussee, in Eberswalde. Es ist nicht zu erwarten, daß sich der Landkreis als Träger öffentlicher Belange zu Wort meldet. Nicht zuletzt deshalb habe ich beantragt, daß die Kreisverwaltung in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft, Umweltschutz und Abfallwirtschaft (A5) über die wesentlichen Inhalte der ausgelegten Unterlagen informiert und daß sich Ausschußmitglieder und betroffene Bürger dazu äußern können. Mir wurde zugesagt, daß das Thema B 167 neu in die Tagesordnung aufgenommen wird.

Ein Schwerpunkt werden die erheblichen Eingriffe durch den Straßenbau in den Naturraum sein. Es sollten jedoch auch die Sinnhaftigkeit des Vorhabens überhaupt und das Mißverhältnis zwischen Nutzen und Kosten zur Sprache kommen. Deshalb ist wichtig, daß möglichst viele an der Ausschußsitzung teilnehmen und sich auch zu Wort melden.

**Termin: Dienstag, den 13.02.2018, 18 Uhr im Kreishaus, Raum D 020.**

Die wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit des Vorhabens in Verbindung mit der immensen Steuergeldverschwendung für eine Straße, welche die Verkehrssituation in Eberswalde nicht entlastet, eher im Gegenteil, sollte in erster Linie im Wirtschaftsausschuß (A4) behandelt werden. Die offizielle Bezeichnung »OU« (Ortsumfahrung) muß als bewußte Irreführung deutlich werden.

JOHANNES MADEJA,  
sachkundiger Einwohner BVB/Free Wähler

## Menschenhandel stoppen

Vielleicht kennen auch Sie aus den Medien diese erschreckenden Berichte: Kriminelle Menschenhändler machen Versprechungen für eine lukrative Arbeit und schleusen so zum Beispiel in Armut und Perspektivlosigkeit lebende Mädchen aus Osteuropa ins westeuropäische Ausland. Dort werden diese dann zur Prostitution gezwungen, oft unter Anwendung oder Androhung von Gewalt und skrupelloser Ausnutzung ihrer Abhängigkeit.

Schätzungen von UNICEF sprechen von 500.000 Mädchen und Frauen, die aus den Herkunftsländern Osteuropas jährlich in Westeuropa zur Prostitution gezwungen werden. Gerade Roma-Familien sind häufig betroffen, deren Lebenssituation in Elend und sozialem Abseits von den Menschenhändlern ausgenutzt wird.

TERRE DES FEMMES setzt sich dagegen ein und unterstützt seit 2012 die Präventionsarbeit von FLORIKA im Roma-Stadtteil der bulgarischen Stadt Burgas.

Mädchen wie die zehnjährige M. können nach der Schule die Räumlichkeiten von FLORIKA besuchen und werden dort von zwei Pädagoginnen betreut. Gemeinsam mit anderen Mädchen beteiligen sie sich an der schulischen Hausaufgabenhilfe, an den Kursen im Nähen, Basteln, Kochen oder Tanzen. Dadurch wird verhindert, daß sie die Schule abbrechen oder auf der Straße landen. Auch M.'s Mutter ist froh, wenn ihre Tochter einen Schulabschluß schafft, denn die 28jährige hatte nicht diese Chance und findet nur gelegentlich Arbeit. »Uns fehlt das Geld für das Leben der Familie«. Dank der Förderung durch FLORIKA läuft M. nicht Gefahr, ein Opfer von Menschenhändlern zu werden, sondern kann sich Wege in ein selbstbestimmtes Leben eröffnen.

Im Jahr 2016 haben 53 Mädchen im Alter von 9 bis 15 Jahren an den pädagogischen Angeboten von FLORIKA teilgenommen. Wir möchten, daß noch mehr Mädchen von den FLORIKA-Hilfsangeboten profitieren können.

STOPP dem Menschenhandel! Helfen Sie uns dabei mit Ihrer Spende.

CHRISTA STOLLE, TERRE DES FEMMES,  
Menschenrechte für die Frau e.V.

## Verkehrsmittelnutzung

**Eberswalde (prest-ew).** Die Mobilität im Alltag der Bürgerinnen und Bürger in 120 deutschen Kommunen steht im Mittelpunkt einer Haushaltsbefragung, die im Januar startete. Die erhobenen Daten sollen die örtliche und regionale Verkehrsplanung unterstützen. Gefragt wird, wieviel welche Verkehrsmittel genutzt werden, ob die Befragten einen Führerschein besitzen, welche Entfernungen sie zurücklegen oder wie sie die Erreichbarkeit von Haltestellen einschätzen. Die telefonisch-schriftlich Befragungen finden nach einem Zufallsprinzip in ausgewählten Eberswalder Haushalten statt.

## Beiträge abschaffen

**Bernau (bvb/bbp).** Die Fraktion BVB/Freie Wähler in der Stadtverordnetenversammlung Bernau wollen die Straßenausbaubeiträge abschaffen. Per Stadtverordnetenbeschluss sollen der Landtag bzw. die Landesregierung aufgefordert werden, das Kommunalabgabengesetz dahingehend zu ändern, daß es Städten und Gemeinden freigestellt wird, die Beiträge zu erheben oder nicht.

Die Wählergruppe hatte schon 2013, damals noch unter dem Namen »Die Unabhängigen«, durch den erfolgreichen Bernauer Bürgerentscheid »Gerechter Straßenausbau« erstmalig in Brandenburg durchgesetzt, daß Anwohner beim Anliegerstraßenbau verbindlich zu befragen sind, was in Eberswalde schon seit längerem freiwillig geschah. Péter Vida von der Einreicherfraktion sagt: »Doch nun soll es weitergehen, denn viele Maßnahmen stoßen deswegen auf Ablehnung, weil die Anliegeranteile mit bis zu 90% einfach zu hoch sind. Ausbaumaßnahmen müssen aus unserer Sicht noch stärker auf die Leistungsfähigkeit der Beitragspflichtigen Rücksicht nehmen.« Vida macht darauf aufmerksam, daß einige Bundesländer (z.B. Berlin) gar keine Beiträge erheben und viele, etwa Sachsen, den Kommunen die Erhebung freistellen. Daher sei es naheliegend, auch in Brandenburg neue Wege zu beschreiten. »Da Bernau aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre viel Erfahrung aufzuweisen hat«, so der Vertreter von BVB/Freie Wähler, »soll der Weg zu mehr Abgabengerechtigkeit weiterhin aus den Kommunen vorangetrieben werden«. Zugleich sieht der Fraktionsantrag vor, daß Fördergelder für den Straßenausbau nicht nur der Gemeinde zugutekommen, sondern auch die Anlieger entlasten sollen. Bisher werden öffentliche Zuwendungen nur auf den städtischen Anteil angerechnet, während die Anlieger den vollen Beitrag zahlen. Schon 2015 hatten »Die Unabhängigen« beantragt, die städtische Ausbaubeitragssatzung dahingehend zu ändern, daß der Höchstsatz für Anlieger von 90% auf 66% gesenkt wird. Das hatten damals vor allem Die Linke abgelehnt. Péter Vida hofft, »daß dieser Antrag nunmehr Aussicht auf Erfolg hat, da er der Stadt mehr kommunale Selbstverwaltungsrechte einräumen soll«.

Diese Hoffnung ist nicht unbegründet. Denn auch die Bernauer Linksfraktion ist gemeinsam mit dem Bündnis für Bernau in Sachen Straßenerschließungsbeiträge aktiv geworden. Gemessen an anderen Kommunen liegen die Beiträge in der Stadt Bernau deutlich im oberen Bereich. »Das wollen nun unsere beiden Fraktionen ändern und haben auf einer gemeinsamen Beratung am 20. Dezember 2017 einen entsprechenden Antrag beschlossen«, teilen die Fraktionsvorsitzenden Dr. Dagmar Enkelmann und Dr. Detlef Maleuda mit. »Wir erwarten«, so die beiden weiter, »in der Stadtverordnetenversammlung im Januar eine konstruktive, an einem gemeinsamen Ergebnis orientierte Diskussion dazu«.

## Sozialer Wohnungsbau im Barnim

**Die Hauptstadt wächst jedes Jahr nicht nur in den Speckgürtel und damit auch in den Barnim hinein. Nein, sie gewinnt auch immer neue Einwohner. Alleine 2016 kamen 60.500 neue Einwohner hinzu. Die Prognose des Berliner Senats von 180.000 neuen Berlinerinnen und Berliner bis 2030 kann als gänzlich überholt gelten. Geht das bis 2030 genau so hip und jung weiter, hat Berlin 780.000 Bürger mehr. Nur, wo sollen die eigentlich alle wohnen?**

Daß Berlin gerade – wie einst in den 1920er Jahren – zum Babylon wird und weltweit eine der angesagtesten Städte ist, muß wohl keinem mehr erzählt werden. Auch, daß es dort die meisten und besten vegetarischen Food´s gibt oder die Kreativität nur so blüht, sicher nicht. Nur, welche Antworten hat die Politik auf die Frage des Wohnens oder besser des sozialen Wohnungsmarktes?

Nicht nur ist seit einigen Jahren ein Verdrängungseffekt aus angesagten Vierteln wie dem Prenzlberg zu sehen, sondern auch die Randbezirke wie Köpenick oder sogar Marzahn spüren den Druck immer höherer Mieten, die den Menschen kaum noch finanziellen Spielraum lassen. Nicht selten ziehen junge Familien, kinderreiche im besonderen, wie auch ältere Menschen immer weiter vom Zentrum Berlins weg. Sie können sich schlicht die Mieten nicht mehr leisten. Und der Druck wird bei dem genannten Zuzug gravierend steigen.

Berlin kommt heute schon nicht mehr mit dem sozialen Wohnungsbau hinterher. Flächen sind knapp und die Grundstückspreise kaum zu bezahlen. Daß der Bund den sozialen Wohnungsbau kaum fördert, ist bekannt. Sollen wir deswegen die Augen verschließen vor der gewaltigen sozialen Krise, welche da in naher Zukunft auf uns zukommt?

**Der Landkreis Barnim steht hier vor neuen Anforderungen. Mit unserer Finanz- und Wirtschaftskraft können und müssen wir vorangehen.**

Wer im Bereich medizinischer Versorgung mit der GLG Holding erfolgreich zeigt, wie ein kommunaler Krankenhaus- und Medizinverbund funktioniert, wer in Sachen Energie und Müllentsorgung sich mit den Kreiswerken als kommunale Holding neu aufstellt, sollte auch im sozialen Wohnungsbau vorangehen.

Der ländliche Raum soll im neuen gemeinsamen Landesentwicklungsplan von Berlin und Brandenburg abgewürgt werden. Ganze 5 Prozent in 10 Jahren darf eine berlinferne Gemeinde, wie z.B. Schorfheide, an neuen Bauflächen ausweisen. Das können wir uns mit Blick auf den schon heute starken Druck auf günstigen Wohnraum sogar in Oderberg und Joachimsthal nicht leisten.

Was nützt einem eine Arbeit in Berlin, wenn man dort keine Wohnung halten kann? Der Niedriglohnsektor wächst von Jahr zu Jahr. Zugleich galoppieren die Mieten selbst mit Mietprelsbremse. Das Ergebnis sind immer mehr wohnungslose Menschen. Für 4,5 Euro den Quadratmeter findet man selbst in Eberswalde kaum noch eine Wohnung.

Notwendig ist ein neues kommunales Handeln im Wohnungsbau. Eine kommunale Genossenschaft, welche die Erfahrungen und das Wissen von bestehenden kommunalen Wohnungsbaugesellschaften wie der Eberswalder WHG mit einbezieht, um damit im ländlichen Barnim günstige bezahlbare Wohnungen für Jung und Alt zu schaffen, wäre solch eine Möglichkeit. Dies ist nicht nur eine dringende Aufgabe, es ist auch eine große Chance, das Leben im ländlichen Barnim für die Zukunft zu stärken. Wir brauchen kein Großberlin, das die Länderfusion mit dem neuen Landesentwicklungsplan schleichend herbeiführen will. Notwendig sind ein gemeinsames Handeln, um sozialen Frieden und Ausgleich durch bezahlbare Wohnungen zu schaffen. Wohnungen, welche Generationen verbinden und den ländlichen Raum zukunftsfähig machen.

Nicht Abwürgen, sondern Fördern. Handeln statt Abwarten. Das sollte die Aufgabe der Politik sein. Unsere gemeinsame Aufgabe.

SVEN WELLER

## Gesperpte Wälder teilweise wieder begehbar



**Eberswalde (bbp).** Die befristete Sperrung von Waldgebieten ist ab sofort wieder aufgehoben. Das teilte die Stadtverwaltung Anfang des Jahres mit. Frei gegeben wurde namentlich das Waldgebiet »Macherslust«, während »Die Höllen« und die »Oberheide« weiterhin gesperrt sind. Hier arbeiten die Forstwirte der Stadt und beauftragter Firmen mit Hochdruck an der Wiederherstellung der Verkehrssicherheit.

Foto: JÜRGEN GRAMZOW

Beachhandball:

## Erfolgreiche Sondierungsgespräche

Zonenboys Eberswalde verhandeln mit dem Handball-Verband Brandenburg

**In den letzten Wochen und Monaten standen Sondierungsgespräche in der Bundespolitik im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Sondierungsgespräche gab es auch seitens des Handballverbandes (HVB) Brandenburg. Und zwar in Sachen Beachhandball, was für den großen Sportverband zweifellos ein Novum darstellt.**

Anfang Dezember fand in Eberswalde ein erstes Gespräch des HVB-Vertreters mit dem Zonenboys Eberswalde e.V. über eine mögliche Zusammenarbeit statt. Dabei ging es darum, die Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Sportart Beachhandball in Brandenburg zu evaluieren und Grundlagen einer zukünftigen Zusammenarbeit zu erarbeiten.

Für den Handball-Landesverbandes stand hierbei die Grundsatzentscheidung des DHB (Deutscher Handball Bund) im Fokus, der mit dem Ziel Olympia 2024 leistungsfähige Auswahlteams aufstellen möchte, die bei einem möglichen Olympischerwerden der Sportart zur internationalen Spitze gehören. Den Zonenboys geht es hingegen besonders darum, den Beachhandballsport in Brandenburg in der Breite zu entwickeln. Recht schnell wurde klar, daß sich die Ziele beider Parteien grundsätzlich überschneiden und gut vereinbar sind.

Einig war man sich auch, daß die Zonenboys als Ausrichter der offenen BRANDENBURGISCHEN LANDESMEISTERSCHAFTEN in Eberswalde seit 2016 im Hinblick auf die Entwicklung der Sportart in Brandenburg in »Vorkasse« gegangen waren. Nicht zuletzt, da der Handball-Landesverband seine Beachhandball-Aktivitäten seit 2009 auf Eis legte.

Bereits im Vorfeld stand allerdings auch fest, daß der HVB den Zonenboys zwar für die geleistete Arbeit dankt, diese aber nur im besten Sinne toleriert. Denn eigentlich gehört zur Vergabe eines Landesmeistertitels auch ein Landesverband. Für den HVB stand somit auch fest, daß eine mögliche Zusammenarbeit nur über eine Mitgliedschaft des Zonenboys Eberswalde e.V. im HVB zu realisieren sei. Genau an dieser Stelle zeigen sich jedoch Probleme, die es zunächst unbürokratisch auszuräumen galt. Denn die Mitgliedschaft eines reinen

Beachhandballvereins im Landesverband ist satzungstechnisch bisher nicht geklärt.

»Die Mitgliedschaft in einem Landesverband ist bekanntlich nicht nur mit Rechten, sondern auch mit Pflichten verbunden«, klärte der stellvertretende Vorsitzende der Zonenboys MIRKO WOLFGRAMM, der die Gespräche auf Seiten der Zonenboys leitete, im Nachhinein auf. »Gerade bei den Pflichten gibt es allerdings Bereiche, in denen wir nicht oder nur schwer liefern könnten, weder können noch wollen wir am eigentlich vorgesehenen Hallenhandball-Ligaspielbetrieb teilnehmen, noch können wir Hallenschiedsrichterquoten erfüllen. Und auch die Spielfähigkeitsanforderungen in Sachen Meldung und Registrierung der Aktiven sind für uns nicht erfüllbar, da die meisten Zonenboys ihre handballerische Heimat in anderen Vereinen haben.«

Der HVB zeigte hier Entgegenkommen. Der Landesverband will die Pflichten eines Beachhandballvereins anders werten als die eines Hallenhandballvereins. So könnte die bereits durch die Zonenboys durchgeführte Aus- und Weiterbildung von Beachhandballschiedsrichtern sowie die Planung, Durchführung und Organisation der Landesmeisterschaften an die Stelle der sonst üblichen Mitgliedspflichten rücken.

Abschließend berieten beide Parteien das Thema Jugendarbeit. Auch hier war man sich einig, daß es in den folgenden Jahren zu einer Aufbauarbeit kommen muß, nicht zuletzt, um kommende Generationen früh in den Kontakt mit der Sportart zu bringen und um das Nachwachsen von Seniorenteams sicherzustellen. Grundsätzlich könnte auch hierbei das Konzept der offenen Landesmeisterschaften zum Tragen kommen, wobei man die Entwicklung im Jugendbereich nicht zwingend über das Knie brechen will. Sollte es in der näheren Zu-



FOTO: ZONENBOYS EBERSWALDE E.V.

kunft jedoch Jugendmeisterschaften in Brandenburg geben, dürften wohl auch diese in Eberswalde beheimatet sein.

Nach dem Abschluß der Gespräche verblieb man mit der beidseitigen Erkenntnis, daß die Gespräche sehr positiv verliefen und sehr große Schnittmengen vorhanden sind.

Für die Zonenboys ging es nun nur noch darum, die Mitglieder des Vereins für eine Zusammenarbeit zu überzeugen. Der Vereinsvorstand hatte eine entsprechende Beschlußvorlage für die Mitgliederversammlung der Zonenboys am 16. Dezember 2017 vorbereitet. Mirko Wolfgramm informierte ausführlich über das Gespräch mit dem HVB. Nach der intensiven Diskussion gab es ein einstimmiges Votum der Vereinsmitglieder für die künftige Zusammenarbeit mit dem Handball-Landesverband.

Zonenboys-Präsident PHILIPP MEICHNER stellte erfreut fest: »Die Grundlagen und Gemeinsamkeiten für eine Zusammenarbeit zwischen den Zonenboys und dem HVB sind mehr als nur gegeben. Nach vielen Jahren des Stillstandes in Sachen Beachhandball könnte der Sport in Brandenburg wieder zu alter Stärke erwachen. Besonders der Aspekt, daß sich sowohl der Verband als auch unsere Mitglieder so positiv in dieser Angelegenheit zeigten, macht Hoffnung auf die Zukunft.«  
ZONENBOYS EBERSWALDE e.V.

## Rückkehrer-Messe »Wieder da«

**Eberswalde (prest-ew/bbp).** »Wieder da« hieß es am 28. Dezember in Eberswalde. Unter diesem Titel hatte die Stadt Eberswalde zur ersten Messe für Rückkehrer und Pendler ins Paul-Wunderlich-Haus geladen. Ganz konkret sollten Ex-Eberswalder, die während der Feiertage ihre Familie besuchten, zum Nachdenken angeregt werden, in ihre alte Heimat zurückzukehren, sagte Nadine Kammer vom Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus, das die Veranstaltung organisierte. Nicht zuletzt Jobangebote gehörten zum Messeangebot. Denn der viel beschworene Fachkräftemangel hat auch in Eberswalde seine Spuren hinterlassen.

Vom Klein- bis zum größeren mittelständischen Unternehmen waren zahlreiche Firmen dabei, auch die Arbeitsagentur und die IHK waren mit Info-Ständen vertreten.

Um neben beruflichen Offerten auch die Stadt an sich als lebenswerte Alternative vorzustellen, boten die wichtigsten Sport- und Freizeiteinrichtungen, Träger des Gesundheitswesens, Wohnungsunternehmen und Verkehrsbetriebe oder Kulturinitiativen ihre Angebote und Programme an. Kulturamtsleiter Dr. Stefan Neubacher stellte unter anderem die Stadtbibliothek, das Museum oder die wöchentliche Kulturveranstaltung »Guten

Morgen Eberswalde« vor. Die WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH verlost ein einwöchiges Probewohnen, ergänzt durch kostenlose Eintrittskarten für verschiedene kulturelle und sportliche Einrichtungen.

Ob es eine Neuauflage der Messe 2018 geben wird, ist noch offen. Zunächst wird es eine intensive Auswertung mit den vertretenen Unternehmen geben. »Abhängig vom Feedback der Firmen denken wir dann über eine zweite Messe nach«, so Nadine Kammer.

Die Mitarbeiter im Amt für Wirtschaftsförderung werden zudem in den nächsten Monaten den Austausch mit Rückkehrerinitiativen verstärken. So soll es gelingen, ganzjährig und intensiver auf die Bedarfe der Pendler und Zuzügler einzugehen.

# Wasservergleiche

von Johannes Madeja

Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) erarbeitet jährlich einen Preisspiegel. Es geht in erster Linie um Kosten für Wasser/Abwasser und Energie (Elektro, Gas, Wärme). Um vergleichen zu können, wurden die Kosten für Mieter in einem BBU-Modellhaus mit 30 Wohnungen und einem Wasserbedarf von 3000 m<sup>3</sup>/a berechnet.

Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) vergleicht die Abwasserkosten einer vierköpfigen Musterfamilie in einem Einfamilienhaus in 100 großen deutschen Städten und setzt einen Wasserbedarf von 178 m<sup>3</sup>/a an. Nachfolgend geht es nur um die Kosten für Trink- und Abwasser.

Zunächst muß die Frage erlaubt sein: Wo steht so ein BBU-Modellhaus? In kleineren Städten und in ländlichen Regionen sicher nicht. Der Preisspiegel ermöglicht damit in erster Linie Vergleiche zwischen Großstädten. Dafür wurde er offensichtlich erarbeitet.

Grundlage der Vergleichsrechnung ist ein Trinkwasserbedarf (identisch gerechnet mit dem Abwasseranfall) von 3000 m<sup>3</sup>/a. Unter dieser Voraussetzung spielt die Höhe der Grundgebühr (verbrauchsunabhängige Gebühr nach Zählergröße) nur eine untergeordnete Rolle. Damit ist das Ergebnis schon für kleinere Städte oder gar Gemeinden nicht repräsentativ und kann auch nicht als das »Niveau« der Wassergebühren in Deutschland angesehen werden.

Der Vergleich zwischen großen Städten und dem übrigen Land ist auch noch aus folgendem Grund schwierig. Die Kosten für den Anschluß eines Gebäudes an die öffentlichen Versorgungs- und Entsorgungsleitungen sind üblicherweise vom Grundstückseigentümer zu tragen. Wegen der geringen Leitungslängen von 1 bis 2 m pro Einwohner sind diese Kosten in Großstädten vergleichsweise gering. Ganz anders ist das in ländlichen Gebieten, wo Leitungslängen von 10 m und mehr je Einwohner keine Ausnahme sind. Grundstückseigentümer und Wohnungsverwaltungen haben noch immer Wege gefunden, diese Kosten, jedenfalls teilweise, auf die Mieter abzuwälzen. Damit erhöhen sich deren Wasserkosten erheblich.

Aber auch ohne Berücksichtigung von Anschlußbeiträgen errechnen sich bei geringerem Wasserbedarf wegen des wachsenden Einflusses der Grundgebühr wesentlich höhere Kosten je Kubikmeter, wie das folgende Beispiel für Trinkwasser in der Stadt Eberswalde zeigt:

Bei einer Mengengebühr von 1,15 Euro/m<sup>3</sup> und einer Grundgebühr von 36 Euro/mon (Zählergröße Qn6) bzw. 9 Euro/mon (Zählergröße Qn1,5) errechnen sich in Abhängigkeit von der jährlichen Frischwassermenge folgende Gebühren je Kubikmeter:

- BBU Modellhaus, 30 Wohnungen, 3000 m<sup>3</sup>/a : 1,38 Euro/m<sup>3</sup>
- typischer Block in Eberswalde, 10 Wohnungen, 1000 m<sup>3</sup>/a: 1,69 Euro/m<sup>3</sup>
- Einfamilienhaus mit Zähler Qn1,5, 2 Personen, 60 m<sup>3</sup>/a: 3,15 Euro/m<sup>3</sup>.

Die Bedeutung der Grundgebühr wird besonders sichtbar, sieht man sich den prozentualen Anteil an, mit dem sie in Abhängigkeit von der Wassermenge in die Gebühr eingeht. Bei 3000 m<sup>3</sup>/a sind es lediglich 11%, bei 1000 m<sup>3</sup> schon 27% und bei 60 m<sup>3</sup> schließlich 61%.

Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Vergleich der Abwassergebühren. In Eberswalde wird eine Mengengebühr von 3,95 Euro/m<sup>3</sup> gefordert. Die Grundgebühr beträgt 56 Euro/mon (Zählergröße Qn6) bzw. 14 Euro/mon (Zählergröße Qn 1,5). So sieht das Ergebnis aus:

- BBU Modellhaus, 30 Wohnungen, 3000 m<sup>3</sup>/a : 4,17 Euro/m<sup>3</sup>
- typischer Block in Eberswalde, 10 Wohnungen, 1000 m<sup>3</sup>/a: 4,62 Euro/m<sup>3</sup>
- Einfamilienhaus mit Zähler Qn1,5, 2 Personen, 60 m<sup>3</sup>/a: 6,75 Euro/m<sup>3</sup>

Bei den prozentualen Anteilen der Grundgebühr in Abhängigkeit von der Wassermenge sieht es folgendermaßen aus: Bei 3000 m<sup>3</sup>/a beträgt die Grundgebühr lediglich 5,4 % von den Gesamtkosten, bei 1000 m<sup>3</sup>/a sind es schon 14,5% und bei 60 m<sup>3</sup>/a schließlich 41,5%.

Die Gebührenbescheide beziehen sich üblicherweise auf die Summe der Gebühren für Trink- und Abwasser. Diese Summe beträgt: Bei 3000 m<sup>3</sup>/a 5,55 Euro/m<sup>3</sup>, bei 1000 m<sup>3</sup>/a 6,31 Euro/m<sup>3</sup> und bei 60 m<sup>3</sup>/a 9,90 Euro/m<sup>3</sup>

Wie bereits erwähnt, sind das aber noch nicht alle Kosten, die jenen entstehen, die an eine Kanalisation angeschlossen sind. Viele Verbände erheben für die Herstellung der Kanalanschlüsse Erschließungs- und Anschlußkosten, die unmittelbar nach Fertigstellung entsprechend Satzung zu bezahlen sind und oft eine erhebliche Belastung für die Grundstückseigentümer darstellen. Bei der Berechnung der Wasserkosten sind solche Einmalbeiträge mit einem Abschreibungssatz zu berücksichtigen. Um hier Vergleichbarkeit herzustellen, müßte eine mittlere Lebensdauer der Grundstücksanschlüsse angesetzt werden.

Aber auch, wenn ein Aufgabenträger sich ausschließlich aus Gebühren finanziert, also keine Beiträge erhebt, hat der Grundstückseigentümer die Kosten für die Herstellung der Verbindung zwischen Hauptablaufleitung und Kontrollschacht an der Grundstücksgrenze zu tragen, die in die laufenden Kosten auch wieder mit einem Abschreibungssatz zu berücksichtigen sind. Diese Kosten, die durchaus erheblich sein können, werden in Vergleichen wie z.B. BBU oder IW grundsätzlich nicht berücksichtigt. Grund dafür sind nicht nur die erheblichen Unterschiede, die hier von Haus zu Haus auftreten, sondern auch die Tatsache, daß die Aufgabenträger und Behörden allgemein die Auffassung vertreten, daß diese Kosten gar nicht den Ausgaben für Wasser zuzurechnen sind, weil das Vorhandensein der Leitungen und Anschlüsse für Gebäude und Grundstück

einen Wertzuwachs bedeuten, der, etwa beim Verkauf, dann wieder zurückfließt.

Das ist jedoch nicht der einzige, vielleicht nicht einmal der entscheidende Grund. Korrekt ausgewiesene Kosten für Wasser sind meist sehr viel höher, als man sie der Öffentlichkeit präsentieren möchte. Am liebsten – das wird so auch regelmäßig praktiziert – wird lediglich mit den Mengengebühren argumentiert. Die Grundgebühren werden nicht erwähnt, weil man die ja auch dann bezahlen muß, jedenfalls wird das erwartet, wenn man gar kein Wasser bezieht oder in den Kanal einleitet.

Eine weitere Methode, die Grundgebühren klein zu rechnen, besteht darin, daß bei Vergleichen vorzugsweise ein möglichst hoher Wasserbedarf je Person und Tag angesetzt wird. In welcher Weise sich ein hoher Wasserbedarf »schönend« auf die Kubikmeterkosten auswirkt, das konnte hier bereits gezeigt werden (s.o.)

Beispielsweise hat das IW, angeblich um vergleichen zu können, eine sog. »Musterfamilie« erfunden, in der jedes Familienmitglied 122 Liter Wasser pro Tag verbraucht. Die Zahl 120 Liter je Person und Tag ist eine seit vielen Jahren üblicherweise verwendete Planungsgröße als Basis für die Dimensionierung von Leitungssystemen, die natürlich Kapazitätsreserven einschließen muß. Es ist allgemein bekannt, daß der Durchschnittsverbrauch deutlich unter dieser Planungsgröße liegt. Er liegt – nicht nur in Eberswalde und Umgebung – brandenburgweit bei etwa 80 Liter je Person und Tag, in einigen Orten in ländlichen Gebieten oft sogar wesentlich darunter. Wird gelegentlich ein Verbrauch ausgewiesen, der dem Planungswert nahe kommt, dann kann das z.B. daran liegen, daß der Gesamtwasserverbrauch einschließlich Gewerbe und Industrie in den Durchschnittsverbrauch je Person eingerechnet wurde. Deshalb sollte man immer prüfen, wie Zahlenwerte, die zu Vergleichen herangezogen werden, zustande gekommen sind.

Fazit: Preisspiegel (BBU) und Studie (IW) haben, abgesehen von enthaltenen methodischen Mängeln, deutlich gemacht, daß es bei den Gebühren für Trink- und Abwasser BRD-weit erhebliche Unterschiede gibt. Weiter wurde nachgewiesen, daß das Gebührenniveau in den sogenannten neuen Bundesländern – von zwei Ausnahmen abgesehen – deutlich über dem Niveau der alten Bundesländer liegt. Beide Dokumente sollen nach dem Willen der Auftraggeber eine Anregung sein, die Ursachen für die erheblichen Differenzen zu erforschen. Danach kommt es darauf an, die Gebührenniveaus einander anzunähern, nicht zuletzt auch um Wettbewerbsnachteile von Unternehmen zu vermeiden, die derzeit mit überhöhten Gebühren belastet sind. Nun dürfen wir gespannt sein, ob die Landesregierung Brandenburg das Signal verstanden hat.

## Von Kreislaufwirtschaft weit entfernt Regionalwert AG

Als vor mehr als 20 Jahren in Deutschland das Duale System (DSD) erfunden wurde, hat man uns Verbraucher aufgefordert, doch bitte nicht zu murren, wenn wir für den Verpackungsmüll ab sofort mehr bezahlen müssen. Wir sollen die Verpackungen mit dem »Grünen Punkt« natürlich brav getrennt sammeln und möglichst gut gewaschen in die gelben Säcke stopfen – natürlich ohne für diese Arbeit eine Gegenleistung zu erwarten. Die »Gegenleistung« besteht ja darin, das wollte man uns glauben machen, daß die hochwertigen Rohstoffe verwertet werden, worunter wir natürlich ein echtes Recycling verstanden haben und – natürlich! – verstehen sollten. Und das wäre doch gut für die Umwelt!

Nun wissen wir: Weniger als die Hälfte des angeblich wertvollen Sammelguts wird recycelt, das recycelte Material ist teurer als neuer Kunststoff. Deshalb werden jährlich mehrere

hunderttausend Tonnen Kunststoffmüll exportiert und was übrig bleibt – das sind auch hunderttausende Tonnen – wird verbrannt, in Anlagen, die sich nur deshalb rechnen, weil sie für die Annahme der »Sekundärbrennstoffe« noch Geld dazubekommen, also ihren Brennstoff nicht wirklich bezahlen müssen. Wenn Bernhard Schodrowski vom Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) sagt, daß wir in Deutschland eine Kreislaufwirtschaft hinbekommen müssen, dann kann man dem nur zustimmen. Gleichzeitig müssen wir aber feststellen, daß wir davon immer noch weit entfernt sind, daß wir also von Anfang an belogen und betrogen wurden.

Es ist wichtig und richtig, daß jeder Bürger das weiß, aber leider auch wenig hilfreich bei der Lösung des Problems.

JOHANNES MADEJA

## Heidekrautbahn, Quo vadis?

Die Züge der Heidekrautbahn sollten bis Berlin-Gesundbrunnen fahren und auch von dort starten. Daran kann es überhaupt keinen Zweifel geben. Ob sie dies auf der alten Trasse (Stammstrecke) tun oder über Karow auf der »Stettiner Bahn« von und nach Gesundbrunnen fahren sollten, läßt sich nicht so eindeutig beantworten. Beide Strecken haben eine nahezu identische Länge. Die Zufahrt über Karow ist verkehrstüchtig vorhanden, könnte also sofort genutzt werden, läßt eine höhere Streckengeschwindigkeit zu und dürfte damit die attraktivere Lösung sein.

Ein Wiederherrichten der Strecke von Schönwalde über Mühlenbeck nach Wilhelmsruh würde gegebenenfalls zusätzliche Kunden generieren. Ob es aber so viele sein werden,

daß der damit zu leistende Aufwand gerechtfertigt wäre, darf bezweifelt werden. Reichlich über 50 Millionen Euro wären dafür auszugeben. Man kann prophezeien, daß sich die Kosten des Wiederaufbaues der Stammstrecke nicht rentieren werden. Über die alte Stammstrecke ist schlicht die Zeit hinweggegangen. Es gibt bessere Alternativen. Das ist zum einem die elektrisch betriebene S8 entlang des Außenringes und zum anderem die Spangenverbindung der Heidekrautbahn von Schönberglinde nach Karow. Die alte Stammstrecke würde zwischen Wilhelmsruh und Schönberglinde sich wunderbar für einen Radweg eignen, für den Bahnverkehr der Heidekrautbahn ist dieses Relikt aus längst vergangenen Zeiten nicht notwendig.

HORST TSCHAUT

## Baumschutz bei kommunalen Maßnahmen

Wir fordern eine strengere Beachtung und Anwendung der Baumschutzvorschriften durch die kommunale Hand. Viel zu oft ist zu erleben, daß der Baumschutz gegenüber Privaten mit äußerster Strenge durchgesetzt wird, wobei bei Maßnahmen der Gemeinde oder des Landkreises ein Umweltfrevler nach dem anderen zu verzeichnen ist.

Aus unserer Sicht ist dieser doppelte Maßstab nicht länger hinnehmbar. Einerseits werden Bürger schon für geringfügige Verstöße in ihrem eigenen Garten empfindlich zur Kasse gebeten, andererseits können Kommunen ungestraft ganze Straßenzüge und Jahrzehnte alte Bäume fällen. So wurden im vergangenen Jahr in Schönow die Bäume an der gesamten Dorfstraße gefällt, auf dem Gelände des ehemaligen Kabelwerkes fielen 70 Bäume, bevor das faunistische Gutachten erstellt wurde, und regelmäßig kann man in den städtischen Parks

plötzliche, durch Stürme nicht begründbare Fällungen riesiger Laubbäume beobachten. Zumeist wird unter dem Stichwort vorbeugender Ordnungsmaßnahmen ohne nähere Begründung jede Fällung gerechtfertigt.

Wir fordern daher einen Systemwandel: Die öffentliche Hand hat sich an dieselben strengen Kriterien zu halten wie Private. Zugleich ist der Stadtverordnetenversammlung von signifikanten, umweltschützerisch relevanten Maßnahmen binnen 1 Woche Bericht zu erstatten, damit eine Überprüfung des Vorliegens der Voraussetzungen zeitnah erfolgen kann.

Gerade in einer Zeit zunehmender Bebauungsverdichtung und Versiegelung ist darauf zu achten, daß die vorhandenen Grünflächen und Bäume erhalten bleiben. Daher muß auch die kommunale Hand strenge Kriterien gegen sich gelten lassen.

PÉTER VIDA, BVB/Freie Wähler Barnim

Woran mangelt es, um die regionale Lebensmittelproduktion anzukurbeln? Welche Investitionen sind nötig, um diese Lücken im Eberswalder Raum zu füllen? – Die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) lädt zusammen mit der Regionalwert AG Berlin-Brandenburg und dem Hebewerk e.V. am 18. Januar dazu ein, sich für eine ökologische und regionale Lebensmittelversorgung vor Ort aktiv einzubringen.

Aktien als Schlüssel zur Unterstützung lokaler Landwirtschaft und Gastronomie im Raum Eberswalde – wie soll das gehen? Um diese Frage zu beantworten, hat der Hebewerk-Verein zusammen mit der HNEE Timo Kaphengst, freiberuflicher Berater und Sprecher des Ernährungsrates Berlin, eingeladen. Er stellt die Idee der Regionalwert Aktiengesellschaft (AG) Berlin-Brandenburg vor, die sich zum Ziel gesetzt hat, mittels Bürgerkapital die Agrar- und Ernährungswende voranzubringen.

»Vor über 10 Jahren ist die Idee in Freiburg entstanden und dort wie auch mittlerweile in München, Hamburg und im Rheinland umgesetzt worden«, berichtet Timo Kaphengst. Durch die Aktien, die von Bürgerinnen und Bürgern getragen werden, denen eine ökologische und regionale Lebensmittelversorgung wichtig ist, wird in junge Betriebe – von der Landwirtschaft bis zur Gastronomie – investiert. »Durch können Betriebe gestärkt, Kooperationen gefördert und ein Regionalverbund für gesunde Lebensmittel geschaffen werden«, zählt der Sprecher des Ernährungsrates Berlin auf.

Erstmals soll nun eine AG in Brandenburg und Berlin etabliert werden. Initiatoren aus Unternehmen, Wissenschaft, Öko-Verbänden sowie engagierte Einzelpersonen bereiten derzeit eine Gründung für das Frühjahr 2018 vor. »Wir wollen das Projekt vorstellen, weil es vor allem Bürgerinnen und Bürger von hier ermöglicht, aktiv Entwicklungsprozesse auf regionaler Ebene anzuschließen und sich mit Expertinnen und Experten auszutauschen«, ergänzt Prof. Dr. Heike Walk, Dozentin an der HNEE, die gemeinsam mit dem Hebewerk e.V. die Veranstaltung namens »Gesprächskreis Transformation« ins Leben gerufen hat.

Der Verein ist bereits seit Oktober in Sachen solidarische Landwirtschaft aktiv und unterstützt das Eberswalder Projekt »Transition Thrive«. Zwei Vertreterinnen dieses Klimaschutz-Projektes werden ebenfalls vor Ort sein und sich an einer Diskussionsrunde beteiligen.

Der Gesprächskreis Transformation findet am 18. Januar um 19 Uhr im Café des Bürgerbildungszentrum (Amadeu-Antonio-Haus), Puschkinstr. 13, 16225 Eberswalde statt. Weitere Informationen: [www.regionalwert-berlin.de](http://www.regionalwert-berlin.de)

CHRISTOFF GÄBLER

Barnimer Bürgerpost abonnieren!  
[www.barnimer-buergerpost.de](http://www.barnimer-buergerpost.de)

# Laßt uns endlich in Ruhe und Frieden leben!

**Wann bricht das Zeitalter von Verständnis, Verantwortung und Fürsorge für alles und jede/n endlich an? Die Mächtigen aus Wirtschaft und Politik überziehen von lokal bis global die Mehrzahl der Menschen mit Zerstörung, Unterdrückung und Verdrängung. Der Natur (Tiere, Pflanzen und alles übrige) geht es kontinuierlich schlechter.**

Sie wollen die Gesellschaft spalten, rechts gegen links, arm gegen reich, schwarz gegen weiß, hetero gegen homo. Sie lenken davon ab, daß die deutliche Mehrzahl der Menschen in diesem Land gegen sie (Politik und Wirtschaft/Reiche) sind. Sie beeinflussen euch und nutzen euch für ihre Zwecke. Unsere Kämpfe sind meiner Meinung nach eins. Wir alle wollen doch eine lebenswerte Zukunft für uns und unsere Nahen?

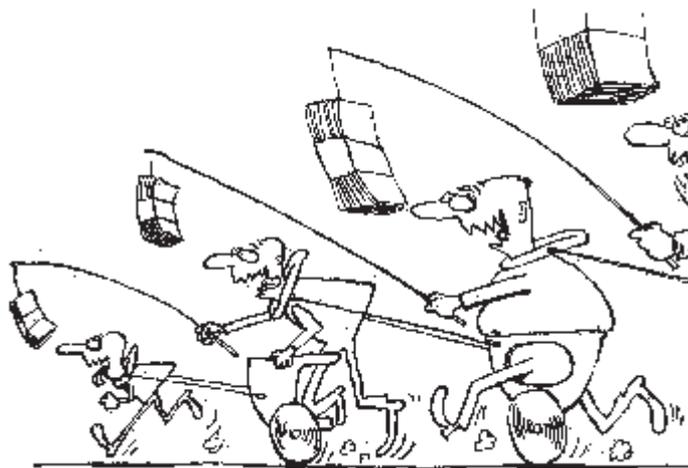
Ich möchte alle Wachen und Aufwachenden von jung bis alt auffordern, noch mehr als bisher am Übergang in eine endlich bessere Zeit zu arbeiten. Wollt ihr persönlich körperlich verletzt werden? Müßt ihr z.B. in der Ostukraine leben, um zu wissen, wie tödlich es ist? Getreu dem Motto: Jeder ist dem anderen der nächste.

Für eine Welt ohne Gewalt und Ausgrenzung. Für eine Welt für alle und mit allen und alles! Es ist Zeit aufzustehen. Teil dir dein Auto mit dem Nachbarn, mach den Ausbeuterjob nicht mehr. Arbeite weniger und denke dafür mehr nach. Gönn dir ALG II, hab kein schlechtes Gewissen dabei und nutze die Zeit

Im Mittelpunkt stand diesmal das von Rosa Luxemburg 1899 herausgegebene Werk »Reformen oder Revolution«. Angesichts der unübersehbaren Rechtskonsolidierung der Kräfte in Europa waren heftige Diskussionen um die Fragen der Schaffung einer standhaften Gegenwehr zu erwarten.

Obwohl täglich in den Medien zu sehen, hören und selbst zu erleben ist, daß sich die politische Entwicklung zu Ungunsten der breiten Masse verändert, glauben immer noch viele Leute daran, daß die bestehenden Machtverhältnisse in unserem Staat mit Reformen, Wahlen oder Petitionen veränderbar wären. Mit geschickt lancierten Schuldzuweisungen für die Ursachen der weltweit friedensbedrohenden Zustände, initiiert eine Handvoll Superreicher (ca.1%) mittels ihrer finanziellen, materiellen und medienstarken Möglichkeiten unter der Masse der hörigen Bevölkerung ein Gegeneinander um Nichtigkeiten und Ungeheimheiten, die ein Zusammenwirken gegen die eigentlichen Verursacher der Mißstände nicht zustande kommen läßt.

Das unermesslich viele Geld, das die Mächtigen den abhängigen Menschen eben in skrupelloser Weise, juristisch gedeckt, abgenommen (gestohlen) haben, setzen dieselben scheinbar Wohl- tätigkeit, unter den ohnehin schon Gebeutel- ten zur Erzeugung von Mißgunst u.a., gezielt ein, ebenso um gar keine Solidarisierung gegen sich selbst aufkommen zu lassen. So sind die Milliardenäre großzügige Friedensstifter (in den



Inser Fotozitat: In: unheimlich

Karikatur: Wolfgang Schröder

für etwas Sinnvolles. Denke an die Menschen, die täglich sterben. Laß den Schmerz um dich, deine Nahen und alles andere zu. Informiere dich in freien Medien über die Auswirkungen deines Handels. Sieh das Sparen (Wasser, Essen, Öl – vieles ist Öl, Gewalt) als Schritt zum

Ausgleich mit den anderen fast 10 Milliarden Menschen an. Gib dich dem Lernen hin. Lese, sprich, reflektiere mit anderen. Schau in die Ecken und habe trotzdem den ganzen Raum im Blick. Engagiere dich politisch, und damit meine ich nicht die satte Parteipolitik, sondern die (ehrenamtliche) soziale lokale/regionale Lebensebene der normalen Menschen. Gib mehr als du nimmst. Wache auf und gib dich mit aller Kraft und deinem Herzen einer besseren Zukunft für uns alle hin. Nimm weg deine Ellenbogen! Versuch weniger in Schubläden zu denken und hab Verständnis mit den anderen. Widersetzt euch.

Dr. SORGSAM

## Führen Reformen zum Frieden?

**An die am 13. Januar im Mercure-Hotel in Berlin-Moabit tagende Rosa-Luxemburg-Konferenz werden einige Erwartungen geknüpft. Unter den gegenwärtigen Bedingungen einer ziemlich zersplitterten Arbeiterbewegung, nicht nur in Deutschland, wird von Persönlichkeiten des In- und Auslands, die auf der Konferenz das Wort ergreifen werden, eine zielgerichtete Aussage auf die Frage »Wie nun weiter?« erwartet.**

Augen eines nicht-denkenden Volkes). Aber ist es wirklich so? Wer bricht täglich den Frieden im Streben nach noch mehr Reichtum? Man hat sich Organe geschaffen, um im Namen der Sicherheit des Landes mit juristisch gedeckten (oder anderen) Mitteln einzugreifen (»Amerika first«).

Man sehe genau hin, in welchen Programmen der Parteien oder Organisationen das Wort »FRIEDEN« an erster oder gar keiner Stelle als Hauptaufgabe der politischen Arbeit geschrieben steht. Warum fehlt es wohl?

FRIEDEN ist der Begriff und die Aufforderung zur Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe, zur Solidarität mit dem Schwächeren (Solidarität ist nicht abgeben, sondern teilen), zur Freundschaft in Anerkennung des anderen als gleichwertigen Menschen.

Staatlich unterstützt werden Länder überfallen, wird Landraub zur Rohstoffentnahme staatlich sanktioniert und die eingeborenen Besitzer mit Gewalt vertrieben, werden Produktionsflächen rücksichtslos besetzt und die Bewohner in die Wüste geschickt, werden durch Geheimdienste, Lügen, Korruption und Betrug incl. Mord und Bedrohung ganze Völ-

ker ins Chaos gestürzt. Es geschieht nicht selten im Namen des Schutzes der Sicherheitsinteressen, in Tausende Kilometer entfernt gelegenen Regionen. Wer gibt solchen Kadavern der menschlichen Gesellschaft ein Recht dazu? Wer bricht pausenlos den Frieden, schafft Flüchtlingsströme?

Seht genau hin und urteilt sachlich, welche »Reform« zu Frieden geführt hat!

Es scheint, das Kapital (Kapitalismus) bekämpft sich mit Hilfe seiner fast unerschöpflichen finanziellen und materiellen Mittel untereinander. Aber es tut es und kann es zu Lasten des ebenso von ihm irritierten Volkes tun, denn alle Mittel stehen ihm zur Verfügung (von den Medien bis zum Gefängnis), um mit zu ergatterndem vorgespielten Reichtums zu locken. Die bis heute und auch weiterhin wirksamen proletarischen Revolutionen zu Beginn des 20. Jahrhunderts haben an den »Schlaf der Welt gerüttelt« und die Menschheit geistig zum Erwachen gebracht. Nur die »Expropriation der Expropriateure« (Marx) kann die Welt vom Unheil der uferlosen Unterdrückung befreien. Es ist schon historisch gesehen, sehr spät.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

## Weihnachten, Frieden, Weesow

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit im Barnim gibt es seit sechs Jahren ein Weihnachtsspiel in der kleinen Feldsteinkirche in Weesow. Es ist keines der üblichen Krippenspiele, wie sie in vielen Kirchen oft von Kindern aufgeführt werden. Es ist ein Spiel um die Weihnachtsbotschaft von Erwachsenen und Jugendlichen für alle zwischen 10 und 80+.

Die Weesower Initiatoren um SEBASTIAN GELLERT haben sich tatkräftige Unterstützung von Musikanten, Sängern und Spielleuten aus Bernau und Panketal gesichert. In diesem Jahr war die Kirche viel zu klein, um alle aufzunehmen, die dabei sein wollten. Das lag wohl auch daran, daß das Spiel im Jahr 2016 nicht stattfinden konnte. Die zuständige Pfarrerin war der Meinung, daß der Weihnachtsmann im Spiel und Glühwein danach in der Kirche nichts zu suchen haben. Aber die Kirchenleitung hat gelernt, wohl auch daraus, daß im vorigen Jahr die Kirche für das »Ersatz«-Krippenspiel viel zu groß war.

In diesem Jahr nun haben die Spielleute die Erfahrungen aus dem Jahr 2016 künstlerisch verarbeitet und im Spiel umgesetzt. Mit dem Kanon »dona nobis pacem« wurden die Zuhörer gleich auf das zentrale Thema des Weihnachtsfestes eingestimmt. Den Rahmen des Spiels bildete ein selbst geschriebenes Stück über eine »Gerichtsverhandlung« mit Richter, Anwälten pro und contra und Zeugen. Hier kamen Maria und Joseph, der Weihnachtsmann, eine Mutter mit Tochter und einem langen Wunschzettel und der erwachsene Jesus zu Wort. Das Ganze war eingebettet in die Weihnachtsgeschichte,

nachzulesen im Neuen Testament der Bibel, Lucas-Evangelium. Die Besucher hatten es bequemer. Ihnen wurde die Weihnachtsgeschichte vorgelesen und vorgesungen. Sie konnten die schönsten Weihnachtslieder – alte und auch moderne – von sehr schönen Stimmen gesungen und gekonnt instrumental begleitet hören. Auch die Kritiker der Gerichtsverhandlung haben die Leistungen der Sänger und Musiker anerkennen müssen. Es entwickelte sich eine allgemein frohe Stimmung und es gab lang anhaltenden Applaus, der in einer Dorfkirche wohl eher selten ist. Am Schluß gab es ein Gebet für den Frieden und so ist wohl das Weihnachtsspiel, obwohl mit Weihnachtsmann und Glühwein beim abschließenden Glockengeläut, dem Grundanliegen des Weihnachtsfestes und auch den Kritikern gerecht geworden.

Der Beifall und auch die Resonanz in der »Berliner Zeitung« haben die Spielleute sicher motiviert, auch für den Heiligen Abend 2018 wieder ein Spiel zu planen. Den Weesowern und ihren Gästen ist zu wünschen, daß es auch stattfinden kann. Hier sollte es keine Probleme geben. Ein nicht ganz unwichtiges Argument ist sicher, daß – im Vergleich zu dem mageren Spendenaufkommen 2016 – wieder ein paar gern gegebene Euro zugunsten von »Brot für die Welt«, für den Erhalt des Bauwerks und für die Mühen der Aktiven zusammengekommen sind. Ein Problem jedoch scheint unlösbar zu sein: Das Kirchlein in Weesow wird 2018 wieder viel zu klein sein, um alle Besucher aufzunehmen.

JOHANNES MADEJA

Am 27. Januar jährt sich zum 73. Mal die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz.

In der BRD ist dies seit einigen Jahren offizieller Gedenktag. In der Stadt Eberswalde werden die Vertreter der Verwaltung und der Stadtverordneten wie in jedem Jahr Blumen und Kränze am Denkmal für die Verfolgten des Naziregimes niederlegen.

Foto: Jürgen Gramzow



## BBZ-Café weiterhin ohne Betreiber

**Eberswalde (bbp).** Auch in der zweiten Ausschreibung sind für das Café im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio keine Angebote vorgelegt worden. Der ursprüngliche Betreiber hatte den Betrieb trotz subventionierter Mieten und arbeitsgeförderten Mitarbeitern wegen fehlender Rentabilität einstellen müssen. Ein Problem ist, daß der Betrieb eines Cafés zu den Förderbedingungen gehört. So droht schlimmstenfalls eine teilweise Rückforderung der Investitionsförderungen.

Wie der Sozialdezernent Prof. JAN KÖNIG in Anfrage von Prof. JOHANNES CREUTZIGER (Bündnis 90/Die Grünen) informierte, werde die Stadtverwaltung Kontakt mit dem Fördermittelgeber aufnehmen, »um herauszufinden, welche Alternativen zur Förderung des Cafés noch bestehen«. Wenn Interessenten vorhanden sind, so sein Vorschlag, werde »eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit den Inhalten des Angebotes beschäftigt«. Zu gegebener Zeit werde dann im Ausschuß über den aktuellen Stand berichtet.

## Heilige Abende

Heute, es ist Heiligabend 2017, erinnere ich mich daran, wie ich vom 10. bis zum 14. Lebensjahr die katholische Volksschule besuchte. Die biblische Geschichte ist mir also nicht fremd, auch wenn ich nie kapiert habe, was es mit den 4000 Jahren *Warten auf den Erlöser* auf sich hat. Wie ginge es wohl heute aus, wenn die hochschwängere Maria mit dem unschuldigen Josef und dem Esel, auch noch in Begleitung von drei Moslems, in der BRD angekommen und um Asyl gebeten hätten?

Na, den Rauschschuß hätte man hören können: Macht Euch vom Acker, von wegen, hier ins soziale Netz zu kriechen. Unser Boot ist schon voller unbrauchbarer Flüchtlinge.

Im Hintergrund würden Faschisten stehen, die den Flüchtlingen Feuer unter dem Hintern versprechen, und dies auch so meinen.

Aber wie ein Wunder würde einer Asyl bekommen. Das wäre der Esel, denn der ist brauchbar – für den Zoo oder in der Wurst.

Heute würde gewiß in Deutschland kein Gotteskind, kein Erlöser geboren! Wie lange wollen die armen Kinder, Rentner, Arbeitslosen und Obdachlosen, die Ausgestoßenen aus dieser geldgierigen Gesellschaft, auf einen Erlöser warten?

Da gibt es nur die Einsicht, die schon viele haben: Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun. Uns aus dem Elend zu erlösen, das können wir nur selber tun! (Das stammt nicht aus dem Lehrmaterial der katholischen Schulen)

Darum: Kopf hoch und mit mutigem aufrechten Gang in das Jahr 2018!

ELISABETH MONSIG, *Eure rote Oma*

### Premiere: Das geflügelte Haus

Erste Publikation der »Edition Lyrikhaus«  
21. Januar, 15 Uhr, Kaffee und Kuchen, 10 €.

Gisbert Amm, *Lyrikhaus Joachimsthal*

## Barrierefreie Bushaltestellen

Die Fraktionen der LINKEN und der SPD /Freie Fraktion in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung drängen darauf, daß endlich Prioritäten zum barrierefreien Umbau der Bushaltestellen in Bernau gesetzt werden.

Bereits in dem Konzept »Barrierefreies Bernau« aus dem Jahr 2002 hatten die Stadtverordneten beschlossen, daß eine Planung erstellt werden soll, aufgrund derer eine stufenweise Um- und Nachrüstung sämtlicher ÖPNV-Haltestellen – barrierefrei und selbständig nutzbar – erreicht werden soll.

Diese Planung und Umrüstung ist bisher noch nicht ausreichend umgesetzt. Deshalb muß jetzt zielgerichtet gehandelt werden, da die UN-Konvention fordere, bis 2022 Barrierefreiheit im Öffentlichen Personennahverkehr herzustellen. Die Fraktionen wollen sich auch an ihre Regierungsfractionen im Landtag wenden, um sich für Fördermittel für dieses wichtige Vorhaben der Kommunen einzusetzen.

Dr. DAGMAR ENKELMANN und ELKE KEIL

Fritz Hirsch, ehemals Schuldirektor in Finow, war ein gütiger Mensch; er ist zu gut für den Sozialismus, hieß es. Die DDR-Medien sorgten dafür, daß er mit einem verwegenen, pädagogisch gut gemeintem Unterfangen im ganzen Land berühmt wurde.

Von ihm ging die Initiative aus, Finow zur Stadt ohne Sitzenbleiber zu machen. Die Sache fand kaum Nachahmer, aber reichlich Spötter, die – hinter vorgehaltener Hand – meinten, nichts sei einfacher als das. Man müsse nur die Note »Ungenügend« aus der Bewertungsskala streichen. Dabei hatte sich Hirsch, dem die Kampagne zwei Orden einbrachte, das Vorhaben wohl überlegt.

Ihm, der auch ein bescheidener Mensch war, ging es nicht um Publicity oder Beförderungsbeschleunigung – er wollte durch ein Programm verschiedener schulischer und außerschulischer Fördermaßnahmen in enger Gemeinschaft mit den Eltern erreichen, daß eine »Versetzungsgefährdung« gar nicht erst entstehen konnte. Dafür sollten längerfristige Lernpläne, zugeschnitten auf jeden potentiellen »Wiederholer«, sorgen, deren Realisierung freilich auch Mehrarbeit für die Lehrer – vor allem in Mathematik, Russisch und deutscher Grammatik – mit sich brachte. Da Abminderungsstunden dafür nicht vorgesehen waren, schwebte dem pädagogischen »Neuerer« eine Art Prämienabo für diese Kollegen vor. Irgendwann ersoff der mächtig gewaltige Plan dann im schulischen Alltag und wurde schließlich von der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften als »verfrühtes Vorpellen« bezeichnet – der Schlußstrich.

Entstanden war Fritz Hirschs Idee aus purem Zorn. Er hatte erfahren, daß einer seiner Mathelehrer, der mit Fünfen geradezu um sich schmiß, nachmittags für gutes Geld Nachhilfestunden gab. In Mathe, für eben diese Schüler. »Der Lump soll sogar Westmark genommen haben...« Da Unter-vier-Augen-Appelle an das Ethos des cleveren Kollegen nichts bewirkten und Hirsch zu fein war, um bei den Ämtern zu denunzieren, verfiel er auf das Experiment, das zunächst nur die Kanone war, mit der er, um ihn zu beschämen, auf den Dreckspatz schießen wollte.

Als Matrose der Kriegsmarine hatte Fritz Hirsch Schlimmes erlebt – der entscheidende Grund für sein frühes Engagieren im neuen Staat, dessen Parole »Nie wieder Krieg und Faschismus« ihn wie viele seiner Altersgenossen überzeugte und motivierte. Es bedurfte keiner langen Agitation, um den jungen Mann für einen Neulehrerkurs zu gewinnen.

Die damalige Auswahlkommission hatte einen guten Griff getan, denn aus dem anfangs dem Verzagen und Aufgeben nahen Jungpädagogen wurde einer der nicht so häufigen Lehrer, die einführend, interessant, sanft und begreifbar unterrichteten und denen Gerechtigkeit allerobstes Gebot war. Noch als respektierter Direktor machte es ihm nichts aus, sich vor versammelter Klasse für einen fachli-

Es war einmal...

## Fritz Hirsch und die Bibel

von Dr. Steffen Peltsch

chen Fehler oder dafür zu entschuldigen, daß er, was sehr selten passierte, aus der Haut gefahren war. Neu an seine Schule kommende Lehrer lud er nach Hause ein, half ihnen bei der Wohnungsfindung, und in freilich seltenen Fällen gelang es ihm, junge Familienväter von der Einberufung zur NVA zu bewahren, bis sie das 26. Lebensjahr vollendet hatten. Und nicht mehr wehrpflichtig waren.

Er spielte leidenschaftlich Skat und war in der Regelauslegung von harter Konsequenz. Wer falsch bedient hatte, hatte verloren; da galt keine Ausrede. In den Pausen zwischen den Runden wurde über dies und jenes geredet, wurden Witze erzählt und die Weltlage analysiert. Wenn Fritz, was immer erst in vorgerückter Stunde passierte, einen von ihm als »delikat« angekündigten Witz zum besten gab von der Sorte »Ein Mann kommt zu früh nach Hause...«, dann lief er schamrot an wie ein pubertierender Konfirmand, obwohl über die meist biedereren Pointen nicht mal seine frühreifen Schüler gelacht hätten.

Wenn Skat- und Parteigenosse Hirsch, was nicht ausblieb, ins politische Gespräch geriet, das sehr anders ablief an den Skatabenden als während der Parteilehrjahrsnachmittage, vertrat er einen festen Klassenstandpunkt, wenn auch – es ging ja nicht trocken zu zwischen Nullouvert und Grandhand – manchmal mit stolpernder Zunge. Und wenn ihm, was nicht selten geschah, die Argumente ausgingen, schwieg er einfach, was einer Kapitulation gleichkam. Wie im Fall eines Skatbruders, dem die Humanisten im Rat des Kreises verwehrt hatten, zum Begräbnis seiner Mutter ins feindliche Köln zu reisen. Da war nichts mehr zu agitieren, es sei denn, Hirsch hätte sich herzloser Phrasen bedient. Das aber brachte er ebensowenig fertig wie unverhohlene Kritik an der himmelschreienden Maßnahme.

Eigen war ihm, der an den Staatsfeiertagen all seine Orden und Ehrenzeichen anlegte trotz des leicht spöttischen Lächelns seiner Frau, daß er beflissen und in der Absicht, ein Beispiel zu geben, alle Parteibeschlüsse studierte und seine Konspekte gern vorzeigte. Bei Hospitationen achtete er vorrangig darauf, daß »aktualisiert« wurde gemäß einer ministeriellen Forderung. Wer Matheaufgaben erfand, die mit Pla-

nerfüllungszahlen des Walzwerks zu tun hatten oder Fausts »auf freiem Grunde stehn« in Verbindung mit den LPGs brachte, konnte mit Lob rechnen. Da liegt das Klischee nahe, ihn als (naiven) Dogmatiker einzuordnen. Dem widerspricht sein Umgehen mit Menschen, die ihm Probleme machten. Für deren Lösung wählte Fritz nie den kurzen, harschen Weg. Wo er kraft seines Amtes hätte anordnen können, suchte er das Gespräch.

Ein Schüler, der durch verschiedene Schätzigkeiten Mitschülern gegenüber schon aufgefallen war, Lehrer gegeneinander ausspielte und sich, da war er fünfzehn, als Christ weigerte, am Kartoffelernteeinsatz teilzunehmen, weil er das Ulbrichtsystem nicht unterstützen könne, brachte seinen Schulleiter damit keineswegs in Rage. »Wer soll denn die Kartoffeln für Ihre Glaubensfreunde ausbuddeln? Wollen Sie das den anderen überlassen?« Und dann zitierte er, aus dem Stand, die Heilige Schrift. »Wer verkommen läßt, was der Herr uns gibt, sündigt gegen die Erde.« Schüler T. schleppte auf den Lunower Äckern mehr volle Körbe zum Sammelwagen als die gesamte FDJ-Leitung seiner Klasse und hat nie entdeckt, daß der Atheist Hirsch, aus dem Stand, ein Bibelwort erfunden hat.

Mit den Jahren wurde sein Atem knapper, eine alte TBC aus den Hungerzeiten machte ihm mehr und mehr zu schaffen, und man ernannte ihn zum Referenten für Kaderfragen in der Volksbildungsabteilung. Ihn, der ein Vollblutlehrer und für die Finower Schulszene das war, was man heute eine Lichtgestalt nennt, kann das nicht glücklich gemacht haben.

Die Wende ist ihm erspart geblieben. Er starb, bevor es Mode wurde, Schüler allein nach ihrem Zensuredurchschnitt zu bewerten und aus der Mode kam, sich als Lehrer um mehr als eben diesen zu kümmern. Freilich mußte Fritz, der gute Weine mochte, heutigentags nicht mehr viele, viele Mark der Deutschen Demokratischen Republik ins Delikat tragen, um einen trockenen Mosel zu kaufen. Und vielleicht auch hätte er sich nun doch ein Auto zugelegt.

Ein grauer, breitschnäbliger, nach Gelegenheiten um sich spähernder und (Brehm) unangenehmer Vogel aber war nie aus ihm geworden, ein Wendehals.

### Die Neuerfindung der Zukunft

Im Februar beginnt unsere neue Reihe: »Häretische Kommunismen – Die Neuerfindung der Zukunft«. Die erste von insgesamt sieben Veranstaltungen beginnt am Sonntag, den 4. Februar, um 18 Uhr. PATRICK EIDEN-OFFE spricht zum Thema »Das Proletariat vor der Arbeiterklasse (und danach)«. Weitere Veranstaltungen widmen sich dem Kommunismus in Zeiten der ökologischen Krise, Gemeingütern (Commons), der Theorie der assoziierten Arbeit, der Frage von Gewalt und Herrschaft auf dem Weg zur Überwindung der Herrschaft und der Rolle von Räte- und Linkskommunismus als Gegenpol zum zentralistischen Staatskommunismus. Die Veranstaltungen finden in den Räumen der neuen Gesellschaft für bildende Kunst (nGbK), Oranienstr. 25, Berlin-Kreuzberg, statt. Nähere Informationen unter [www.jourfixe.net](http://www.jourfixe.net).

jour fixe initiative berlin

# Bürgerpost-Autoren 2017

**Im Laufe des Jahres 2017 sorgten insgesamt 147 Autorinnen und Autoren für die inhaltliche Vielfalt in unserer unabhängigen Leserzeitung. Das sind so viele, wie noch nie (2016: 137, 2015: 105, 2014: 120, 2013: 113, 2012: 116, 2011: 97, davor Rekord 2006: 124). Unser herzlicher Dank gilt:**

*Helmuth Adams, Tim Altrichter, Gisbert Amm, Anonymus (SPD), Tobias Arbingler, Ina Bassin, Rudolf Behm, Mario Behnke, Maria Benditz, Dr. Iris Berndt, Kurt Berus, Karl-Heinz Blättermann, Friedhelm Boginski, Stefan Böhmer, Helmut Braunschweig, Veronika Brodmann, Marion Brucker, Norbert Ciebow, Diethelm Dahler, Karl Diedrich, Oskar Dietterle, Karl Dietz, Jan Drewitz, Thomas Dyrh, Stephan Eckeberg, Elke Eckert, Prof. Dr. Jürgen Elsner, Florian Engels, Dr. Dagmar Enkelmann, Anne Fellner, Ronny Fölsner, Ines Frank, Ulrike Fuß, Christoff Gäbler, Dieter Gadischke, Wolfgang Gehrke, Rudolf Giebner, Sven Giegold, Prof. Dr. Hartmut Ginnow-Merkert, Norbert Glaske, Beate Gollnast, Florian Görner, Jürgen Gramzow, Dr. Eckhard Groll, Harri Grünberg, Ulrike Harsch, Christiane Herrmann, Tobias Herrmann, Waldemar Hickel, Ruth-Maria Hilbrig, Thomas und Kinga Hiller-Bessel, Andrea Hoehne, Kai Jahns, Thomas Janoschka, Viktor Jede, Torsten Jeran, Michael Jungclaus, Marianne Kämpfe, Galina Kapustina (u.a.), Dieter Kempfert, Axel Klatt, Thorsten Kleinteich, Knut Koall, Dr. Helmut Koch, Gisela Koch, Johanna Köhle, Britta Kollberg, Johannes Kraushaar, Rainer Kroboth, Eberhard Kröger, Dr. Ronald Krüger, Karl-Dietrich Laffin, Eckhard Laurich, Margit Lauterbach, Prof. Dr. Andreas Linde, Hartmut Lindner, Ernst Lohoff, Kornelia Lubke, Hardy Lux, Johannes Madeja, Lucia-Maria Masini, Nicole Matzke, Philipp Meichßner, Elisabeth Monsig, Bernd Müller, Olaf Murawski, Udo Muszinski, Dr. Volker Nitzsche, Karen Oehler, Kurt Oppermann, Lutz Paproth, Dr. Stefan Peltsch, Prof. Dr. Jürgen Peters, Dr. Manfred Pfaff, Paul Pfaff, Dr. Ilona Pischel, Dr. Ulrich Pofahl, Jörg Preisendörfer, Michael Reckzeh, Christian Rehmer, Liane Reinecke, Volkmar Ritter, Elke Rosch, Rebecca Ruff, Anna Magdalena Rüsing, Franz Schandl, Sabine von Schlippenbach, Sebastian Schmidt, Katja Schmidt, Friedhelm Schmitz-Jersch, Uwe Schoknecht, Heiko Schult, Heinrich Schulte-Baukloh, Harro Semmler, Dr. Christel Simon, Vera Söder, Thomas Sohn, Dr. Günther Spangenberg, Dr. Andreas Steiner, Christa Stolle, Thomas Strese, Susanne Stumpenhuisen, Tino Taube, Dr. Rainer Thiel, Albrecht Triller, Dr. Wolfgang Unger, Péter Vida, Dr. Waltraud Voigt, Dr. Wolfram und Dr. Malgosia Jankowska Völcker, Klaus Weber, Heinz Weinhausen, Sven Weller, Ulrich Wessollek, Manja Woitunik, Dr. Sylvia Wolff, Jürgen Wolff, Mirko Wolfram, Thomas Wößeng, Ringo Wrase, Fabian Wulf, Verena Zerm, Margot Ziemann, Stefan Zierke, Carsten Zinn und Kristian Zunke.*

Einschließlich redaktioneller Artikel und Notizen erschienen im vergangenen Jahr insgesamt 555 Textbeiträge in der »Barnimer Bürgerpost«. Daß selbige einigermaßen lesbar waren, verdanken wir nicht zuletzt unserem fleißigen Korrekturkollektiv, insbesondere Kornelia Lubke und Dr. Ilona Pischel. Wer mithelfen möchte, das Fehlerteufelchen zu bändigen, melde sich bitte bei der Redaktion.

Wie immer danken wir unserer zuverlässigen und schnellen Druckerei Grill & Frank sowie ganz besonders unseren fleißigen Verteilern, die dafür sorgen, daß Sie unsere Zeitung in Ihrem Briefkasten finden. Um das in der gewohnten Qualität und zum bisherigen Preis aufrecht erhalten zu können, brauchen wir künftig in mehreren Verteilgebieten neue Helfer. Auch hier ist die Redaktion Ansprechpartner für Interessenten.

Anzeige

## Gratulation zum 94. Elisabeth Monsig

Die rote Oma erblickte am Neujahrstag des Jahres 1924 das Licht der Welt. Sie erlebte als Kind die Weimarer Republik, als Jugendliche den Faschismus, als junge Frau die BRD Adenauers, als Erwachsene die DDR, als Seniorin das unter der Herrschaft des Kapitals wiedervereinigte Deutschland. Die in fünf Systemen gewonnenen Erfahrungen gibt sie heute weiter.

Dank gilt auch den Verkaufsstellen in der Buchhandlung Mahler (Eisenbahnstr. 7), beim Globus Naturkost (Michaelisstr. 10) und im Regionalladen »Krumme Gurke« (Ruhlaer Str. 1).

Das kollektive Selbermachen gehört nicht nur maßgeblich zu unserem Selbstverständnis als unabhängige Leserzeitung, sondern es bildet zugleich die wichtigste Grundlage dafür, daß es die »Barnimer Bürgerpost« nun schon in ihren 24. Jahrgang schaffte.

Die Zahl der BBP-Abonnenten blieb im Jahr 2017 stabil. Verluste durch Wegzug, Sterbefälle und Kündigungen konnten mit leicht positiver Tendenz durch Neu-Abos wettgemacht werden. Einzelspenden und neue oder erweiterte Förderabos kompensierten die steigenden Kosten. Die wirtschaftliche Lage des Vereins und unserer Zeitung kann also weiterhin als überaus solide bezeichnet werden. Auf eine Preiserhöhung können wir daher auch im kommenden Jahr verzichten.

Eine wichtige Voraussetzung, um dies dauerhaft gewährleisten zu können, ist nicht zuletzt das Funktionieren unserer weitgehend ehrenamtlich organisierten Verteilung. Es ist und bleibt das Engagement unserer Leserinnen und Leser, das unsere unabhängige Leserzeitung am Leben erhält.

Dr. MANFRED PFAFF,  
Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.  
GERD MARKMANN,  
Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

## Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespressegesez (BbgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung verpflichtet, »die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizistischen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu veröffentlichen«. Die folgenden Publizistischen Grundsätze der »Barnimer Bürgerpost« wurden auf der Mitgliederversammlung des Herausgebervereins am 25. März 1998 bestätigt:

### 1.

Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barnimer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim mitzuwirken und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern. Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

### 2.

Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion beschränkt sich in der Hauptsache auf das Zusammenstellen der Beiträge.

Der Herausgeberverein garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte haben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

### 3.

Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird unzensuriert und ohne Kommentar veröffentlicht.

Grenzen werden allein vom zur Verfügung stehenden Platz gesetzt.

Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen.

### 4.

Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Parlamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei aller gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

### 5.

Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Umwelt, zur Geschichte und Kultur.

## Das Geburtstagskind Norbert Glaske – es lebe hoch!!!

80 Jahre bist Du auf dieser Welt.  
Es gab Zeiten mit Hunger und wenig Geld.  
Es gab Zeiten mit viel Arbeit. Und Freude kam dazu:  
Durch Frau, Kinder, Enkel und Urenkelchen, ein Filou.  
Du bist immer da für andere Menschen,  
Die sicherlich heut' ganz gern an Dich denken.



Es gratulieren  
Deine Urenkelin Lilly Nike, Enkelin Birgit und  
Lebenspartner Jens aus Mainz  
Dein Enkel Ronny aus Dresden  
Deine Tochter Kornelia aus Berlin und  
Dein Sohn Hartmut aus Eberswalde.

## In eigener Sache

Aus einem weit verbreiteten Unbehagen ob der betriebsamen Untätigkeit unserer umfangreichen Obrigkeiten erwuchs einer großen Zahl von Autorinnen und Autoren ihr Bedürfnis, Erlebnisse, Befindlichkeiten und Visionen griffig zu formulieren. Wir haben ihre erfrischenden Artikel dankend entgegengenommen und für kleines Geld gedruckt.

Den kräftigen, selbstlosen Schwung wollen wir für eine schnelle und weite Verbreitung der klugen Gedanken nutzen. Diese wichtige Seite der Zeitungsgeschichte gelang uns in der Vergangenheit nicht so gut. Wir bitten ganz herzlich um Mitarbeit und kluge Gedanken. Die **Verteilung** der Zeitung ist ein wesentlicher Bestandteil der Kommunikation und muß verbessert werden, um erhalten zu bleiben.

Die Verteilung der Zeitung ist eine regelmäßig wiederkehrende, verantwortungsvolle Freizeitbeschäftigung, verbunden mit gut verträglicher Bewegung an der frischen Luft. So kommt man unter Leute, bemerkt Veränderungen, hört Wünsche und erfährt vielleicht ein weiteres Anliegen, was man verbreiten sollte. Auf diese Weise lernt man auch die Leserinnen und Leser und deren Bedürfnisse kennen. Vielleicht gewinnt man so eine neue Abonnentin oder einen Abonnenten?

Natürlich lassen sich die Zeitung und mit ihr die wichtigen Gedanken auch auf der Straße, dem Wochenmarkt oder dem einen oder anderem Treffen verbreiten. Selbst für ungesellige Stubenhocker gibt es was zu tun. Die Zeitung muß von der Druckerei abgeholt, portioniert und zu Verteilern gebracht werden. Rechnungen sind zu drucken, Mahnungen zu schreiben und die Bücher fürs Finanzamt zu füllen.

Sehr geehrte Leserin und sehr geehrter Leser, laßt uns nicht hängen, bringt Euch ein und meldet Euch.

Dr. MANFRED PFAFF,  
Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.

Lieber **Norbert Glaske**, wir sagen dir mit einem Zitat von Bertolt Brecht ganz herzlich **DANK E** für deine aufopferungsvolle, aktive Unterstützung im Klassenkampf, im ideologischen Kampf gegen Kriegstreiberei und Russenhetze.  
»Die Bürger werden eines Tages nicht nur die Worte und Taten der Politiker zu bereuen haben, sondern auch das furchtbare Schweigen der Mehrheit.«  
RotFuchsgruppe Eberswalde und Umgebung

## Kreistag im Livestreaming

**Eberswalde (bvb/bbp).** Der Vorschlag der Fraktion BVB/Freie Wähler, die Sitzungen des Kreistages Barnim per Livestream zu übertragen (BBP 11/2017), wurde im Dezember mit großer Mehrheit angenommen. Der gefaßte Beschluß sieht vor, die technischen Voraussetzungen für die Übertragung und Speicherung der kommenden Sitzung des kreislichen Gremiums vorzubereiten. Im Landtag hatten BVB/Freie Wähler bereits die Livestream-Übertragung der Ausschusssitzungen durchsetzen können. »Nun wurde ein weiterer Schritt zu Transparenz und Bürgernähe getan«, sagt Péter Vida, der mit dem Mandat der Bürgerbewegung sowohl im Landtag als auch im Kreistag sitzt. »Die Übertragung ermöglicht es den Einwohnern, die Sitzungen von zu Hause zu verfolgen bzw. im Nachhinein nachzuvollziehen.«

**Mulch total – Ein Weg in die Zukunft**  
Von **KURT KRETSCHMANN** und **RUDOLF BEHM**  
**256 Seiten mit 91 Farbabbildungen,**  
**13 Diagrammen und 6 Tabellen**  
Format **14,8 x 21,0 cm. Softcover.**  
**OLV – ORGANISCHER LANDBAU VERLAG KURT WALTER LAU**  
**ISBN 978-3-922201-18-2**  
In allen Buchhandlungen erhältlich!

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

IBAN \_\_\_\_\_ BIC \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Name, Vorname \_\_\_\_\_ Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: \_\_\_\_\_ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in \_\_\_\_\_

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

**Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde**  
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

## Impressum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42

**e-mail:** redaktion@barnimer-buergerpost.de

**internet:** www.barnimer-buergerpost.de

**redaktion:** Gerd Markmann

**druckerei:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

**redaktionsschluß:** 10. Januar 2018

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.  
Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 7. Februar 2018.